

hochschule

politisch-
akademisches
journal aus
ostdeutschland

ost

Leipzig Dezember 1991

Hochschulstruktur in Sachsen

**FRIEDRICH
EBERT 
STIFTUNG**

Hochschulstruktur in Sachsen Ein Rundtischgespräch

Universität Leipzig, 28. November 1991

Herausgegeben vom Arbeitskreis Hochschulpolitische Öffentlichkeit, der Friedrich-Ebert-Stiftung und dem Rektorat der Universität
Leipzig

Leipzig 1991

Editorial

Die Prüfung des Personals und der Umbau der Wissenschaftslandschaft entsprechend den neu definierten hochschulpolitischen Intentionen und einem sich ändernden Bildungsbedarf bestimmt die Diskussion an den Universitäten. Manchem geht der Prozeß zu schleppend voran; Lehr- und Forschungspotentiale sind durch die frustrierende Erfahrung monatelanger (Nicht-) Klärung gelähmt. Indes ist zu bedenken: Ein solch tiefgreifender Wandel - zuletzt in Westeuropas Hochschulwesen nach 1968 vollzogen - ist noch nie unter dem Diktat des knappen Geldes bei drastischer Personalreduzierung versucht worden. Die gewohnten Instrumentarien der westlichen Evaluierungspraxis drohen an dieser Spezifik stumpf zu werden. Der Patient wird nicht nur bei vollem Bewußtsein operiert, sondern auch während des Eingriffs zur nach wie vor notwendigen Arbeitsverrichtung herangezogen. Per Überprüfung trepaniert und mit Sauerstoffabschaltung bedroht, werden ihm körpereigene Heilungskräfte größtenteils abgesprochen. Die Chirurgie bedient sich mehr oder minder sensibel der Schnittwerkzeuge: Amputation oder Regeneration?

Die Redaktion hat sich entschlossen, das vorliegende Heft vollständig der Dokumentation eines Rundtischgesprächs zu widmen, das Vertreter von Parteien, Regierung, Verbänden von Hochschulangehörigen und der Universitäten zusammengeführt hat und im Zusammenwirken mit der Friedrich-Ebert-Stiftung und dem Rektorat der Leipziger Universität organisiert wurde. Sichtbar wird, daß die Sondersituation Ost Gesprächs- und Kompromißbereitschaft erzwingt, die eine neue politische Kultur begründen können, wenn Diskussionskultur in Handlungskultur umschlägt.

Sachsen hat neben Berlin mit dem größten Erbstück des DDR-Wissenschafts-systems umzugehen. Ist der Fall deshalb eher typisch oder atypisch für die Situation in Ostdeutschland? Nirgendwo wird die neugewonnene Kleinstaaterei gegenwärtig deutlicher als in der Strukturdebatte um die Wissenschaft. Eine Integrationsdiskussion wäre nötig, für die die Erörterung der Verhältnisse in Sachsen nur ein Anfang sein kann. Politiker sind gefordert, diesem Prozeß Rahmenbedingungen zu schaffen, zugleich aber den Argumenten der Wissenschaftler selbst mehr Gehör zu schenken. Die massive Delegitimierung des Wissenschaftssystems im Osten Deutschlands erleichtert, die Bildungschancen der an die Hochschulen drängenden Generationen unter Kuratel kurzsichtiger Finanzinteressen zu stellen.

IMPRESSUM

hochschule ost. politisch-akademisches journal aus ostdeutschland

Herausgegeben vom Arbeitskreis Hochschulpolitische Öffentlichkeitsarbeit

c/o StudentInnenRat der Universität Leipzig, PSF 920, O - 7010 Leipzig, Tel. 7 19 22 61/62/63, Uni-Fax 20 93 25

Verantwortlich: Peer Pasternack

Redaktion dieser Ausgabe: Erika Jäger, Matthias Middell, Peer Pasternack

hso erscheint monatlich.

Einzelheft 5,- DM (ostdeutsche PrivatbezieherInnen 3,- DM), Jahresabo (12 Ausgaben) 55,- DM (ostdeutsche PrivatbezieherInnen 33,- DM)

Herstellung: Büro Pauselius, Leipzig

Das vorliegende Heft wird herausgegeben vom Arbeitskreis Hochschulpolitische Öffentlichkeitsarbeit, der Friedrich-

Ebert-Stiftung und dem Rektorat der Universität Leipzig.

Prof. Dr. Günther Wartenberg (Universität Leipzig):

Meine Dame und meine Herren,
ich möchte Sie im Namen der Universität sehr herzlich begrüßen zu unserem Rundtischgespräch. Sie wissen, daß wir uns jetzt in einer Phase befinden, in der sehr intensiv nachzudenken ist über die neue Hochschulstruktur in Sachsen. Wir sind sicher bei dieser Diskussion noch nicht in der Phase, wo wir fertige Konzepte auf dem Tisch liegen haben. Es erscheint deshalb sehr sinnvoll, wenn wir uns heute in dieser Runde von Kolleginnen und Kollegen, die sich besonders mit diesem Problem befassen, darüber Gedanken austauschen. Ich freue mich, daß Sie hier zu uns in die Universität gekommen sind und daß wir in Verbindung mit dem Arbeitskreis „Hochschulpolitische Öffentlichkeit“ und der Friedrich-Ebert-Stiftung diese Veranstaltung durchführen können.

Winfried Schneider-Deters (Friedrich-Ebert-Stiftung, Büro Leipzig):

Sehr geehrter Herr Staatssekretär Noack;
Sehr geehrter Herr Prorektor Wartenberg;
Meine Damen und Herren,
ich begrüße Sie im Namen der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Die Friedrich-Ebert-Stiftung wurde 1925 als eine Einrichtung zur Förderung des akademischen Studiums von begabten Kindern aus der Arbeiterschaft gegründet.

Seither hat sich das Aufgabengebiet der Friedrich-Ebert-Stiftung vielfältig erweitert; doch bildet die Förderung von Hochschülern und jungen Wissenschaftlern auch heute noch einen gewichtigen Teil ihrer Tätigkeit.

Mit der staatlichen Vereinigung wurde die Aufnahme von Studenten auch aus dem Osten Deutschlands in die Studien-Förderung der Friedrich-Ebert-Stiftung möglich. An ein Dutzend Studenten der Universität Leipzig wurden in diesem Jahr bereits Stipendien vergeben; zwei Dutzend Anträge werden gegenwärtig geprüft. Vor diesem Hintergrund verstehen Sie das große Interesse der Friedrich-Ebert-Stiftung an Hochschul-Politik – im allgemeinen – und an der Reform der Hochschule in Ostdeutschland im besonderen.

Meine Damen und Herren, darüber, daß die ostdeutsche Hochschule, die in Forschung und Lehre „parteilich“ instrumentalisiert war, personell – und strukturell – erneuert werden muß, herrscht allgemein Übereinstimmung.

Diese unabdingbare – demokratische – Erneuerung vollzieht sich nicht in einem Akt. Das

Hochschul-Rahmen-Gesetz, welches nach einer Übergangszeit auch in den ostdeutschen Bundesländern gelten wird (seine sofortige Einführung hätte eben diese „Erneuerung“ gar nicht erst erlaubt), dieses Hochschul-Rahmen-Gesetz ist genau das, was sein Name besagt: ein Rahmen, den es auszufüllen gilt. Und die inhaltliche Füllung dieses gesetzlichen Rahmens ist ein permanenter Prozeß.

Aber auch das Hochschulerneuerungsgesetz, welches für den „Übergang“ im Juli dieses Jahres in Kraft gesetzt wurde, darf nicht als ein „Erlaß“ mißdeutet werden, der die Professoren und Studenten, den forschenden und lehrenden sogenannten „Mittelbau“ sowie die Angestellten der Hochschulverwaltung von der Teilnahme an der Umgestaltung der Hochschule ausschließt. Ich verstehe diese heutige Veranstaltung als den Anspruch der beteiligten und betroffenen Mitglieder der Hochschule auf Mitwirkung bei deren Erneuerung. Der Fakt, daß an der Universität Leipzig – noch bevor das zuständige Ministerium einen Entwurf seiner Referenten vorlegen konnte – ein eigener Entwurf für ein Hochschul-erneuerungsgesetz vorgelegt wurde, war bereits ein Indiz für die Bereitschaft zu diesem demokratischen Engagement an dieser Universität.

Meine Damen und Herren, das sächsische Hochschulerneuerungsgesetz soll nach eigener Aussage die „Voraussetzungen“ für die Selbstverwaltung der Hochschulen dieses Landes schaffen – und nicht bereits deren Autonomie garantieren. Damit bringt der Gesetzgeber seinen Zweifel an der Erneuerungsfähigkeit der sächsischen Hochschulen aus eigener, innerer Kraft zum Ausdruck. In diesem Gesetz spiegelt sich die Überzeugung wider, daß die alten Personen die neuen Strukturen herzustellen nicht in der Lage sind: oder – milder ausgedrückt – das Erfordernis der schnellen Sicherung der Zukunft ließ dem Gesetzgeber nicht die Zeit, die für eine selbstbestimmte Erneuerung – von innen – erforderlich wäre.

Die Aufrechterhaltung der Lehre durch befristete Arbeitsverträge und durch die Einrichtung einer „Warteschleife“ lassen diesen Schluß zu. Dieses Vorgehen mag im Interesse der Studenten – und wer wollte bezweifeln, daß dieses vorrangig ist – gelegen haben; aus den Professoren aber machte es Objekte – nicht Subjekte – der Erneuerung der Hochschulen. Allerdings ist das apologetische Argument, mit dem um Verständnis für Professoren bestimmter Disziplinen geworben wird, wonach diese doch von „der Sache“ an sich „ehrlich überzeugt“ gewesen seien, für diese Professoren selbst nicht gerade schmeichelhaft. Denn – für Wissenschaftler ist Glaube keine Tugend; kritische Hinterfragung von vorgegebenen Antworten ist es, was die Studenten – und die Gesellschaft – von ihnen erwartet. Ob nun der sächsische Minister für Wissenschaft und Kunst – um auf den eingangs geäußerten Zweifel zurückzukommen – durch das ihm vom sächsischen Hochschulerneuerungsgesetz eingeräumte ausschließliche Recht auf die Besetzung aller Leitungsstellen an den Hochschulen selbst dazu befähigt wird, deren nötige personelle und strukturelle Erneuerung sicherzustellen – das darf die Öffentlichkeit ihrerseits in Zweifel ziehen.

Die Zentralisierung des Reformprozesses in einem Ministerium – noch dazu in einem Bundesland, in welchem eine Partei mit absoluter Mehrheit regiert – erlaubt eine an partikularen Interessen orientierte „Erneuerung“, die durchaus nicht im Interesse der ganzen Gesellschaft in diesem Bundesland liegen muß. Da bildet auch der bestehende Hochschulrat – angesichts des dubiosen Modus seiner Zusammensetzung – kein ausreichendes Korrektivorgan zum zuständigen Ministerium.

Kritiker sehen in dem sächsischen Hochschulerneuerungsgesetz ein Werkzeug – nicht der strukturellen Erneuerung – sondern im Gegenteil, zur Erhaltung autoritärer, genauer gesagt, der ordinariellen Struktur der Hochschule, die durch die Erneuerung des Personals, d. h., durch die „Reinigung“ der Hochschule von belasteten – vielleicht auch nur vermutlich belasteten – Hochschullehrern angestrebt wird; Strukturhaltung durch Personal-Erneuerung sozusagen. Daß bei dem Vorrang personaler Erneuerung vor Demokratisierung der Struktur die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit zu kurz kommt, wird in Kauf genommen. Jedenfalls wird der Demokratisierungsprozeß der letzten zwei Jahre damit zurückgedreht.

Die gänzliche Ausschließung der Studenten von Mitbestimmung an der Hochschule bietet keinen Schutz gegen demagogische Agitation extremistischer Gruppen – eher fördert sie die Anfälligkeit der politisch unerfahrenen jungen Menschen für deren Propaganda. Mitverantwortung kann nur durch Mitbestimmung erlernt werden.

Selbstverständlich garantiert das sächsische Hochschulerneuerungsgesetz die essentiellen akademischen Freiheiten der Forschung und Lehre. Doch die Wirklichkeit des akademischen Alltags wird von konkreten partikularen Interessen bestimmt, wobei zu den Interessen der bisher bereits vorhandenen Gruppen noch die Interessen von Lehrstuhl-Aspiranten und Hochschul-Reformern aus Westdeutschland hinzukommen – ganz zu schweigen von den Interessen politischer Parteien und der ministerialen Bürokratie.

In dieser Auseinandersetzung, in der sich neben alten auch neue, Ost und West übergreifende Gruppierungen formieren, die an dem besagten „Seil“ ziehen, bildet persönliche Integrität und fachlicher Verstand bei der Sicherung beruflicher Existenz und Karriere nicht immer die ausschlaggebende Rolle – und ein Charakteristikum des Stasi-Staates, die Denunziation, blüht in neuen Farben wieder auf.

Zur Sicherung der Interessen der ganzen Gesellschaft an der Hochschule ist die öffentliche Auseinandersetzung um die Erneuerung der Hochschule auch in der Zukunft nötig. Mit dieser Veranstaltung geben Sie dazu einen kräftigen Anstoß.

Peer Pasternack (AK Hochschulpolitische Öffentlichkeit):

Anliegen des Arbeitskreises „Hochschulpolitische Öffentlichkeit“, der u.a. das Journal „hochschule ost“ herausgibt, ist es, dem schwierigen Transformationsprozeß des ost-deutschen wie gesamtdeutschen Hochschul- und Wissenschaftssystems jene informierte, kritische Öffentlichkeit zu verschaffen, die als Handlungskorrektiv für notwendige Entscheidungen unverzichtbar ist. Öffentlichkeit kann und muß dabei die Integration von Betroffenen zu Beteiligten ermöglichen.

Wir freuen uns deshalb über die Teilnahme von Vertretern der Parteien und hochschulpolitisch engagierten Verbände an einer Diskussion über die sächsische Hochschulstruktur.

Wir begrüßen zu unserem Rundtischgespräch Frau *Dr. Monika Gibas*, Vertreterin des Bundes demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, tätig an der Universität Leipzig; Herrn *Dr. Alfred Förster*, wissenschaftspolitischer Sprecher der SPD im sächsischen Landtag; Herrn *Dr. Mathias Rösler*, wissenschaftspolitischer Sprecher der CDU-Fraktion im Landtag; Herrn *Hartmut Häckel*, Pressesprecher im sächsischen Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst, Herrn Staatssekretär *Noack* aus dem Wissenschaftsministerium; Herrn *Prof. Günther Wartenberg*, Prorektor der Leipziger Universität; Herrn *Prof. Fröhlich*, wissenschaftspolitischer Sprecher der FDP-Fraktion im sächsischen Landtag; Herrn *Prof. Peter Porsch*, wissenschaftspolitischer Sprecher der PDS-Fraktion im sächsischen Landtag, Herrn *Prof. Werner Kriesel* (TH Leipzig) vom Verband Hochschule und Wissenschaft im Deutschen Beamtenbund, Vorsitzender des Landesverbandes Sachsen, und Herrn *Prof. Berg ebenfalls* von der TH Leipzig, hier als Vertreter des Deutschen Hochschulverbandes, Landesverband Sachsen, und Herrn *Dr. Wilfried Naumann*, Biowissenschaftler an der Universität Leipzig, als Vertreter des Landesverbandes Akademischer Mittelbau, dessen Sprecherratsmitglied er ist. Die Moderation übernimmt *Dr. Matthias Middell*, Historiker an der Leipziger Universität.

Wir würden für unser Gespräch eine gewisse Struktur vorschlagen und die folgenden fünf Punkte im Laufe dieses Abends zur Diskussion stellen. Wir möchten anregen, mit der Diskussion zur Hochschulverteilung in Sachsen im allgemeinen zu beginnen, wozu dann die Problemkreise Universitäten und Fachhochschulen gehören und auch der Themenkreis der Spezialhochschulen, wie z.B. Kunsthochschulen. Daß wir zum zweiten dann über die Personalstruktur innerhalb dieser Hochschulverteilung sprechen. Zum dritten über den Aspekt der Fächerverteilung an den einzelnen sächsischen Hochschulen und welches Gesamtprofil sich daraus ergibt. Was wird in Sachsen studierbar sein? In diesem Punkt könnte die Rolle von Gründungskommissionen, Evaluierungskommissionen und ähnlichen Instrumentarien mit diskutiert werden und auch solche spezielleren Probleme wie Hochschulintegrationsprozesse beispielsweise zwischen der Universität Leipzig und der

Technischen Hochschule oder zwischen Medizinischer Akademie und Technischer Universität Dresden. Ein weiterer Problembereich wären die anvisierten Lösungen für Akademieinstitute in Sachsen. Und zum Abschluß ist es vielleicht möglich in einer Runde unsere verschiedenen Visionen für das sächsische Hochschulwesen im Jahre 2020 formulieren.

Dr. M. Middell:

Wenn ich die Sitzung des Sächsischen Landtages im November in der Rundfunkübertragung richtig verstanden habe, sind die Überlegungen der Staatsregierung zur Hochschulstruktur Sachsens jetzt relativ weit gediehen und auch vorzeigbar. Dieses Konzept sieht eine Unterscheidung in Universitäten und Fachhochschulen vor. Nun gibt es um dieses Fachhochschulkonzept eine Reihe von Diskussionen, wobei positive wie negative Erfahrungen mit Fachhochschulen und mit den Unterschieden zwischen Fachhochschulen und Universitäten ins Feld geführt werden. Wie soll dieses Konzept der Unterscheidung zwischen Universitäten und Fachhochschulen in Sachsen zur Anwendung kommen, worin soll die Spezifik der Fachhochschulen in Sachsen liegen?

Staatssekretär Noack:

Sie haben recht, die Überlegungen des sächsischen Ministeriums für Wissenschaft und Kunst sind sehr weit gediehen. Es gibt einen sogenannten Hochschulstrukturbericht, der dem Kabinett vorgelegen hat. Diesen Hochschulstrukturbericht hat das Kabinett zur Kenntnis genommen. Es hat ihn zur öffentlichen Diskussion freigegeben; in den parlamentarischen Gremien wird er bereits diskutiert. Diese Überlegungen zur Hochschulstruktur sind notwendig hier im Freistaat Sachsen, weil sich zwei ungleiche Größen gegenüberstehen: einmal das Hochschulsystem in den alten Ländern und das Hochschulsystem in der ehemaligen DDR.

Dasjenige der alten Länder war geprägt von der Forderung des Grundgesetzes, daß Wissenschaft und Forschung und Lehre frei seien. Hier war jedoch im § 1 der Hochschullehrerberufungsordnung vom 6. November 1968 definiert worden:

„Hochschullehrer zu sein, ist für den Wissenschaftler der DDR eine große Ehre und verpflichtet ihn, durch hohe Leistungen in Lehre, Forschung und Erziehung die sozialistische Verfassung aktiv zu gestalten und im Sinne des entwickelten Systems des Sozialismus zur Stärkung der DDR beizutragen. Die Hochschullehrer wirken als Forscher und Erzieher an der verantwortungsvollen Aufgabe mit, hochqualifizierte sozialistische Persönlichkeiten heranzubilden.“

Die neue Hochschulstruktur soll allerdings auch das bewahren, was sich in den 40 Jahren hier als Bewahrenswertes herausgestellt hat.

Nun kurz zu den Vorstellungen des Ministeriums. Ich muß voranstellen, es entscheidet der Landtag. Die Regierung wird im Landtag ein sogenanntes Hochschulstrukturgesetz vorlegen, und der Landtag entscheidet schließlich, wieviele Universitäten, wieviele Fachhochschulen, wieviele künstlerische Hochschulen wir haben werden. Die Vorstellungen des Ministeriums bestehen darin, immerhin in diesem Lande vier Universitäten zu haben, in Leipzig, Dresden, Chemnitz und Freiberg. Wir werden vorschlagen, fünf Fachhochschulen in diesem Lande einzurichten, in Leipzig, Dresden, Chemnitz, in Freiberg, Zittau, Görlitz. Wir streben in weiterer Zukunft eine Aufstockung an, aber auch in absehba-

rer Zukunft haben wir angedacht, wie man so schön sagt, eine Fachhochschule in Schneeberg. Und wir dürfen das Vogtland mit Reichenbach und Plauen nicht außer acht lassen. Wir werden den Bestand an künstlerischen Hochschulen fast halten.

Ich schränke aber immer ein: Vorschlag des Ministeriums. Von uns wird vorgeschlagen, die Theaterhochschule mit der Musikhochschule in Leipzig zusammenzulegen. Hier greifen wir auf bewährte Muster in den alten Bundesländern zurück. Hinsichtlich der Theaterhochschule ist nach unserer Ansicht ein notwendiger Neuanfang auf diese Art und Weise am ehesten möglich.

Die Fachhochschulen finden in der Tat noch nicht die Akzeptanz, die sie in allen alten Bundesländern haben. Ihr Vorzug besteht in den kurzen Studienzeiten, d.h. die Absolventinnen und Absolventen kommen früh ins Berufsleben. Sie werden sehr gerne angenommen von der Wirtschaft, aber auch vom öffentlichen Dienst. Sie sind keine Schulen in dem Sinne wie eine Schule oder Oberschule organisiert ist. Sie leiten auch zu wissenschaftlichem Arbeiten an und hier werden wir auch Forschung verankern, d.h. es wird sogenannte angewandte Forschung betrieben werden können, besonders in Zusammenarbeit mit der Wirtschaft.

Dr. M. Middell:

Herr Noack hat das Stichwort gegeben: der sächsische Landtag wird entscheiden. Der sächsische Landtag hat eine klare CDU-Mehrheit. Deshalb frage ich, welche Möglichkeiten die Opposition im sächsischen

Landtag sieht, mit diesem Konzept umzugehen. Sehen Sie das Grundkonzept als von Ihnen auch mitgetragen an oder melden Sie zu wesentlichen Bereichen energischen Widerspruch.

Dr. Förster:

Wir haben uns die Fachhochschulen nicht gewünscht: Weil ihre Vorteile, die von Herrn Staatssekretär zu den universitären Ausbildungen hier genannt worden sind, zutreffend sind für die alten Bundesländer, für die neuen Bundesländer jedoch nicht. Deshalb, weil die Ingenieur- und Wirtschaftlerausbildung hier bei uns im hohen Maße praxisbezogen war. Ich denke nur an das Ingenieurpraktikum von einem Semester mit einer wissenschaftlichen Aufgabenstellung, die wissenschaftlich begleitet und bewertet wurde. Ich denke an die kurzen Studienzeiten, die genau denjenigen Studienzeiten entsprechen, wie wir sie an Fachhochschulen in Baden-Württemberg und Bayern haben, die das Praxissemester schon eingeführt haben. Ich denke an den Seminarbetrieb, ich denke an die sehr gute Betreuung unserer Studenten.

„...die verkrusteten Strukturen des Hochschulwesens in Deutschlands aufzubrechen.“
(Dr. Förster, SPD)

Diese Vorteile für die Studenten hat der Wissenschaftsrat u.E. zu wenig gewürdigt.

Er ist von vornherein davon ausgegangen, daß es nur darum geht, das Konzept der Ausbildung von Ingenieuren und Wissenschaftlern aus den alten Bundesländern auf die neuen zu übertragen, ohne nach neuen Möglichkeiten zu suchen, um die verkrusteten Strukturen des Hochschulwesens in Deutschland aufzubrechen und das neue Hochschulwesen für das vereinte Europa und für die Zukunft zu wappnen. Diese Chance ist verpaßt worden. Das muß man so eindeutig sagen.

Wir sind jetzt damit konfrontiert, diese Fachhochschulen einzuführen. Die Fachhochschulen – darauf hat der Herr Staatssekretär leider nicht hingewiesen, obwohl ich es erwartet hatte – unterscheiden sich in einem Punkt ganz wesentlich. Sie sind unwahrscheinlich kostengünstig. Ich kann also – wir haben das einmal ausgerechnet – im Prinzip mit den gleichen Mitteln sechsmal so viele Studienplätze installieren und Leute ausbilden. Sie beanspruchen z.B. in Rheinland-Pfalz nur 1% der Drittmittel, aber bilden etwa 30% der Studenten aus. Ähnlich sieht es bei Investitionen und Haushaltmitteln aus.

Insofern ist sicherlich der Freistaat Sachsen gezwungen, – bei dem Etat, den er sich gegeben hat und bei den begrenzten Mitteln –, wenn er seiner Jugend viele Plätze anbieten will, jetzt Fachhochschulen zu installieren und sie auch aus den akademischen Einrichtungen zu transformieren, ein Novum in Deutschland. Es wird ihm anderes nicht übrig bleiben. Es sei denn, daß man eine andere Finanz- und Wirtschaftspolitik macht. Aber diese Chancen sehe ich momentan nicht.

Trotzdem haben wir die Vision, das in absehbarer Zeit zu ändern. Ich erinnere nur daran, daß z.B. in England vom Fachhochschulsystem abgegangen wird und jetzt viele dieser Fachhochschulen eben den akademischen Status bekommen.

Prof. Berg:

Der Grund für die geringe Akzeptanz des Fachhochschulgedankens liegt vor allem in den begrenzten Forschungsmöglichkeiten. Die Hochschullehrer möchten natürlich zumindest zu einem erheblichen Teil den Zugang zur Forschung, die Lehrfreiheit realisieren können, wie das an einer universitären Einrichtung möglich ist. In einer Fachhochschule sind sie jedoch viel enger auf die Ausbildung beschränkt. Und gerade das, was wir erhofft haben, die Freiheit in der wissenschaftlichen Forschung endlich wahrnehmen zu können, würde dann bei der Umstrukturierung der Technischen Hochschulen in Fachhochschulen verloren gehen. Und das wäre sehr bedauerlich, das wäre auch aus der Sicht der Hochschullehrer sehr bedauerlich. Es gingen dann viele wertvolle Potenzen verloren.

Dr. M. Middell:

Wenn von Verringerung des Forschungspotentials, der Forschungsmöglichkeiten für einen Teil der Hochschullehrer die Rede ist, stellt sich die Frage, wie die Regierungspartei das jetzt vorgestellte Konzept sieht, das in den Sachzwängen der Finanzierungsmöglichkeiten steht, was sicher auch heißt, die Empfehlungen des Wissenschaftsrates

auch sehr sorgfältig berücksichtigen zu müssen. Sind die großen Säulen Naturwissenschaften, Medizin, Technikwissenschaften, Geistes- und Sozialwissenschaften, künstlerische Bereiche in Sachsen mit diesem Strukturvorschlag, der jetzt vorgelegt wird, in einem dem Bildungsbedarf entsprechenden Gleichgewicht oder müssen die Gewichte innerhalb der Strukturen in der einen oder anderen Richtung verschoben werden?

Dr. Rösler:

Die Empfehlungen des Wissenschaftsrates schaffen dieses Gleichgewicht. Daß sie natürlich Empfehlungen sind und daß man da und dort natürlich abweichen kann, ist unbestritten. Aber eines muß man hier sehr deutlich sagen: Der Freistaat Sachsen muß sich sein Hochschulwesen leisten können. Und wenn wir uns an die Empfehlungen des Wissenschaftsrates grundsätzlich nicht halten, wenn wir von ihm also abweichen, dann wird folgendes passieren: dann werden keine Bundesmittel an die betreffenden Einrichtungen fließen, keine Bundesmittel aus dem Hochschulrenewalprogramm, keine Bundesmittel aus dem Hochschulbauförderungsprogramm. Und das würde bedeuten, daß wir uns diese Eigeninitiativen auch aus eigenen Mitteln leisten müssen.

Man muß einfach so realistisch sein, einzusehen, daß wir uns das momentan einfach im Freistaat Sachsen nicht leisten können. Unser Hochschulwesen ist zugeschnitten auf alle fünf neuen Länder, wenn man so will. Auf jeden Fall zu großen Teilen. Ich habe selbst an der Verhandlung teilgenom-

men, vor einem Jahr etwa, als es darum ging, daß wir gesagt haben, wir nehmen Ausbildungsaufgaben auch für euch andere mit wahr, könnt ihr euch nicht an unseren Kosten in irgendeiner Art und Weise beteiligen. Ich kann nur eines sagen: aus den anderen vier neuen Bundesländern kam ein eindeutiges Nein.

„Man muß einfach so realistisch sein, einzusehen, daß wir uns das momentan im Freistaat Sachsen nicht leisten können.“
(Dr. Rösler, CDU)

Es ist so, das wissen wir alle, daß in den anderen neuen Bundesländern Hochschulen gegründet werden in großem Umfange, weil man eben die Kultushoheit der Länder in vollen Zügen genießt. Für Sachsen ist das ein Problem als Studentenimportland. Wir sind auf Finanzierung angewiesen aus den Bundesmitteln, die ich angesprochen habe. Rahmenbedingung jeder Hochschulplanung im Freistaat Sachsen sind die Empfehlungen des Wissenschaftsrates. Wenn wir von diesen Empfehlungen abweichen, werden diese Bundesmittel nicht fließen, und das können wir uns nicht leisten.

Und ich glaube, da bin ich mir mit Kollegen Förster von der SPD in unserem Realismus einig, alles was wir hier angesprochen haben, da gibt es vieles, was man voll akzeptieren muß, man muß aber auch ein gutes Stück Realismus haben. Und den Realis-

mus, den habe ich versucht zu beschreiben. Und an den hält sich unsere Fraktion.

Prof. Fröhlich:

Also ich würde folgendes meinen: In der Kostenfrage, da gebe ich den Herren Kollegen Förster und Rösler völlig recht. Ich muß natürlich sagen: zwei Seelen wohnen in meiner Brust. Ich bin ja gleichzeitig wissenschaftspolitischer Sprecher der FDP im sächsischen Landtag und auch finanzpolitischer Sprecher.

Aber bei solchen Grundsatzentscheidungen würde ich meinen, daß das Geld nicht zweitrangig ist, doch man erst einmal überlegen sollte, was denn eine solche Universität überhaupt tun soll, und was denn eine Fachhochschule tun soll?

Wir meinen, daß Universitäten grundsätzlich theoretisch ausgebildete Absolventen auf den Markt zu bringen haben, daß die Fachhochschulen praxisorientierte Absolventen auf den Markt bringen sollten. Wir stehen durchaus zu dem Vorschlag von Kollegen Meyer und dem Ministerium, daß vier Universitäten in Sachsen genügen: die sächsische Landesuniversität Leipzig, die sächsische Technische Hochschule Dresden, die Bergakademie in Freiberg und als vierte im Bunde die Technische Universität Chemnitz. Wir stimmen auch überein, daß der entsprechende Absolventenbedarf in Sachsen durchaus abgedeckt werden könnte mit den fünf Technischen Fachhochschulen. Wir sind auch der Meinung, daß es durchaus im westsächsischen Raum, also in Plauen, noch eine Fachhochschule geben

soll. In dieser Hinsicht stimmen wir also völlig überein.

„Wir sollten darüber nachdenken, in Sachsen private Fachhochschulen zu begründen, als gewisse Konkurrenz zu den staatlichen.“
(Prof. Fröhlich, FDP)

Wir meinen aber auch, daß wir einmal einen Gedanken daran verschwenden sollten, ob wir nicht in Sachsen private Fachhochschulen begründen sollten. Sie könnten im Rahmen der Marktwirtschaft doch eine gewisse Konkurrenz, wenn ich so sagen darf, zu diesen staatlichen Fachhochschulen sein. Das ist also unsere Meinung zu der sächsischen Hochschullandschaft.

Prof. P. Porsch:

Weder zu den Fachhochschulen noch zur vorgeschlagenen Gesamtstruktur der sächsischen Hochschullandschaft hätte ich grundsätzliche Bedenken. Die Bedenken wachsen erheblich, wenn es um Details, wenn es um lokale Verteilung und um Inhalte geht.

Ich habe die Fachhochschulen in den alten Bundesländern kennengelernt als hocheffiziente Ausbildungsstätten, in denen Regelstudienzeit und Realstudienzeit fast übereinstimmen. Ich habe sie kennengelernt als

wichtige akademischen Einrichtungen für die wirtschaftliche Entwicklung, besonders für die mittelständische Wirtschaft. Und ich habe sie auch kennengelernt als ein erhebliches Potential für die ökologische Erneuerung der Produktion. Ich glaube, daß die Fachhochschulen, und da komme ich zur anderen Seite, Herr Förster, eine ganze Menge Traditionen eigentlich eher weiterführen könnten, die man im DDR-Hochschulwesen entwickelt hat, wie kleine Gruppen, intensive Betreuung der Studenten, Praxisorientierung der akademischen Ausbildung und ähnliches, so daß sich hier vieles treffen wird.

Ich habe aber auch eine ganze Menge Kritikwürdiges gefunden. Vor allem den Grundsatz, daß die Fachhochschulen andersartig, aber auch gleichwertig gegenüber den Universitäten und Hochschulen seien, habe ich auf keiner Ebene durchgesetzt gesehen. Das Interesse der Industrie an den Fachhochschulen und die relativ gute Bezahlung der Absolventen in der Industrie können nicht der Maßstab sein.

Ungleichwertig ist, darüber können wir nicht hinwegsehen, bei aller Attraktivität im einzelnen, die Forschung. Sie ist im einzelnen Entwicklung und nicht Forschung. Ich will das jetzt nicht minder bewerten, aber nur mit dem Begriff der Andersartigkeit läßt sich das doch nicht fassen. Ganz sicher nicht gleichwertig ist die Bezahlung des Personals an den Fachhochschulen. Hier herrschen die C-2- und C-3-Professuren vor, C-4-Professuren gibt es nicht. Die Lehre ist anders in ihrer Praxisorientierung, woraus sich ebenfalls eine Einschränkung der Gleichwertigkeit ergibt.

Besonders kritikwürdig scheint uns, daß Fachhochschulen keinen eigenen Nachwuchs ausbilden können, daß sie dazu die Universitäten und Hochschulen brauchen. So beträgt die zeitliche Distanz vom Absolvieren der Fachhochschule zur eventuellen Rückkehr als Personal 10 bis 12 Jahre. Eindeutig ist die Beschränkung auf bestimmte Fächer und bestimmte Fachrichtungen. Es gibt zwar schon eine bestimmte Vielfalt, aber es gibt nicht die Fächervielfalt der Universitäten. Die Fachhochschulen in ihrer Gesamtheit zeigen nicht die universitas. Diese Fächerbeschränkung bzw. Fachrichtungsbeschränkung ist nicht zuletzt dafür verantwortlich, daß in den alten Bundesländern nur ein Drittel der Studierenden weiblich sind.

In den Konzeptionen der sächsischen Staatsregierung sehe ich z.T. Ansätze, die genannten Nachteile zu überwinden. Da ist das kooperative Promotionsrecht. Das wäre für uns eine Minimalforderung. Es deutet sich an, daß nicht einmal die Bezeichnung Fachhochschule eine heilige Kuh ist, sondern daß man auch mit dem Namen Ingenieurhochschulen und ähnliches leben kann. Aber es deutet sich natürlich nicht an, daß man die Fachhochschulen teurer macht als es sein muß. D. h. bei der Bezahlung sehe ich nirgends den Ansatz zur Aufhebung der Ungleichwertigkeit. Ich sehe ihn auch nicht bei der Fachgebietsbeschränkung, und ich weiß nicht, wie es bei der Forschung sein wird.

Vielleicht darf ich noch etwas sagen zu den künstlerischen Hochschulen, die mir als Germanisten besonders am Herzen liegen. Ich höre mit Freude, daß die künstlerischen

Hochschulen im wesentlichen erhalten werden sollen. Aber ich wundere mich, warum gerade die Theaterhochschule Leipzig integriert werden soll in die Musikhochschule. Als Verwaltungsvereinfachung kann ich das ja gerade noch verstehen. Aber wenn man sagt, daß damit die bewährten Muster der alten Bundesländer ermöglicht werden sollen, so muß ich sagen:

Die Theaterhochschule Leipzig ist eine Einmaligkeit überhaupt in Deutschland. Sie hat nämlich die Schauspielerausbildung, also die künstlerische Ausbildung, zusammengeführt mit der theaterwissenschaftlichen Ausbildung. Und daraus sind ganz gute Sachen entstanden. Damit hat sie eine besondere Bedeutung für die Ausbildung von Regisseuren und Dramaturgen. Ich meine hier Absolventen wie Fritz Friedrich, Thomas Langhoff, Fritz Bennewitz, Dieter Mewes, Harry Kupfer usw. Die kommen genau aus der Verbindung von Theaterwissenschaft und Schauspielausbildung. Das wird nun zerrissen. Die Theaterwissenschaft kommt an die Universität und die Schauspielausbildung geht in die Musikwissenschaft ein. Hier würde man Potenzen eigentlich in unverzeihlicher Art und Weise verschwenken. Ich weiß nicht, warum die notwendige Erneuerung an der Theaterhochschule auf diesem Weg beschleunigt wird. Wenn man sich die Schauspieler anschaut, die von dort gekommen sind, kann ich überhaupt kein Verständnis dafür aufbringen.

Schließlich noch eine Frage nach dem Schicksal der Studierenden, die vor ein, zwei Jahren angefangen haben und die alle einen Universitätsabschluß haben wollten,

wenn die Fachhochschulen konstituiert sind. Müssen sie die Hochschule verlassen, was mit erheblichen Erschwernissen verbunden wäre? Oder bekommen sie noch den universitären Abschluß an diesen Einrichtungen und beginnt die Fachhochschulausbildung erst mit dem neuen 1. Studienjahr?

Dr. M. Middell:

Wir haben Vertreter von der Technischen Hochschule und Vertreter der Universität Leipzig am Tisch. Es handelt sich um einen exemplarischen Fall der Integrationsabsichten oder der Fusionsabsichten, ich will das ganz vorsichtig bezeichnen, weil da auch sicher das Protokoll eine wichtige Rolle spielt beim Aufeinanderzugehen. Ist das eine Glücksehe, die man praktisch bei Akzeptanz der Finanzschwierigkeiten des Landes eingetht mit positiven Effekten, sogenannten Synergieeffekten, oder überwiegen die Probleme in der jetzigen Situation, die ja auch noch keine gesetzliche Basis hat.

Prof. G. Wartenberg:

Das ist natürlich keine so mit Ja oder Nein zu beantwortende Frage, Herr Dr. Middell. Da die Pläne auch noch gar nicht klar sind, wie sich bei der Technischen Hochschule die Dinge entwickeln werden. So wie es sich jetzt abzeichnet, und ich kann nur sagen, so wie mir und dem Rektorat das bisher bekannt ist, wird angestrebt, daß universitäre Teile zur Universität kommen und Teile, die nicht universitär sind, so ist die Formulierung, in einer Fachhochschule untergebracht werden. Andererseits meine

...n, daß gerade für bestimmte Wissenschaftsteile der Universität das Hinzukommen von Technikwissenschaft und eventuell einer Technischen Fakultät sehr gut sein kann und sehr gut ist, weil damit die Breite und die Vielfalt der Universität verstärkt wird und wir u.U. auch bei der Frage, wo die Gewichte im Lande verteilt werden für die Naturwissenschaften durch diesen Zuwachs eine Stärkung erhalten.

Es darf natürlich nicht passieren, daß sich gerade in den technisch-naturwissenschaftlichen Bereichen vieles nach Dresden verlagert, während andere Bereiche in Leipzig verbleiben. Da wir das Konzept der Integration im einzelnen noch nicht kennen, kann die Diskussion noch nicht abgeschlossen werden.

Die größten Schwierigkeiten kommen natürlich bei den Personal-, weniger bei den Sachfragen. Mir scheint gerade, wenn ich an Fächer denke, die an beiden Institutionen ähnlich gelagert sind, wie etwa die Wirtschaftswissenschaften, daß für die Universität eine sehr starke Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät herauskommt, und das kann sich eigentlich die Universität nur wünschen.

Prof. Kriesel:

Ich vertrete ja zunächst einmal den Verband Hochschule und Wissenschaft, der weder auf Hochschullehrer noch auf den akademischen Mittelbau fixiert ist, sondern Mitglieder aus beiden Gruppen hat. Zu dem Problem für uns in Leipzig sind wir der Meinung, daß es ein guter Vorschlag des

Wissenschaftsrates ist, die Universitäten etwas größer zu gestalten, zu konzentrieren, kleinere Einrichtungen anzuschließen, zu fusionieren, von Neugründungen zunächst abzusehen. Es ist ein Vorschlag des Wissenschaftsrates, den sollte man unbedingt durchführen, und wir vertreten durchaus den Gedanken, große Volluniversitäten zu bilden, die auch zukunftssicher sind. Und das bedeutet eigentlich in Sachsen drei große Volluniversitäten. Dresden muß erweitert werden um den Medizinbereich. Dresden muß natürlich auch erweitert werden um Jura und Sozialwissenschaften und ähnliche Disziplinen. Leipzig ist dadurch gekennzeichnet, daß das technische Bein fehlt. Und Chemnitz müßte sich in Zukunft natürlich auch einmal die Frage stellen, ob sie sich in dieser Richtung entwickeln wollen zu einer vielleicht nicht ganz so großen, aber doch immerhin vom Profil her etwas abgerundeteren Universität. Freiberg wird sicher Spezialeinrichtung bleiben. Das gibt es ja auch in den alten Ländern. Kleinere Universitäten sind manchmal nur mit 3000 Studenten bestückt. Das ist ja alles nicht verboten.

„Ein guter Vorschlag des Wissenschaftsrates ist, die Universitäten etwas größer zu gestalten, zu konzentrieren.“

(Prof. Kriesel, VHW)

Wir haben festgestellt, nach Bundesdurchschnitt kämen Sachsen ohnehin 5,6 Uni-

versitäten zu. Also wir sind da gar nicht so eingeengt. Der Staatssekretär ist in seinen Zahlen immer unter der Möglichkeit geblieben.

Diese Chance ist eine historische Chance: Universitäten zu bilden, die sowohl einen naturwissenschaftlichen, einen sozialwissenschaftlichen, einen medizinischen Bereich und einen technischen Bereich umfassen. Wenn man diese historische Chance verstreichen ließe, wäre das ein echter Fehler und wir würden uns später Vorwürfe machen. Wir sollten diese Chance nutzen und also auch eine Technische Fakultät in Leipzig installieren, sie entsprechend wachsen zu lassen im Laufe der Zeit. Ich würde das nicht festmachen an der Frage, ob etwas Vorhandenes universitär ist oder nicht. Das beeinflusst bestenfalls das Zeitmaß, in dem wir den Prozeß abwickeln. Hätten wir in Leipzig keine Technische Hochschule, dann müßte die Universität trotzdem eine Technische Fakultät erhalten. Dann müßte sie eben aus dem Nichts geschaffen werden. Das läßt sich ja schließlich auch machen. Andere haben in Brandenburg drei Universitäten über Nacht gegründet aus dem Nichts.

Ich sehe die ganze Finanzierungsfrage überhaupt nicht so dramatisch. Und ich möchte das zunächst nicht zugeschnitten sehen auf den Haushalt in Sachsen. Wir müssen uns über zwei Chancen, die wir als Sachsen haben, klar werden. Nämlich 1.: Der Bundeshochschulminister hat das Hochschulbauförderungsgesetz als Steuerinstrument bezeichnet, auf das die Hochschulen warten. Und wenn Sie sagen, es würde kein Geld nach Sachsen fließen,

wenn wir uns nicht nach dem Wissenschaftsrat richten, frage ich mich, welches Geld denn dann nach Brandenburg kommt, wenn gleich drei neue Hochschulen gegründet werden und doch neue gewissermaßen verboten sind. Oder: Welches Geld kommt denn dann nach Erfurt.

Und 2.: Der Bundesfinanzminister Waigel stattet derzeit die Länder weitgehend aus, ca. 80% der Länderausstattung kommt aus Bonn. Das heißt, die Frage des Länderausgleiches – wir sind ein Produzent von mehr Absolventen, als wir eigentlich in Sachsen brauchen – stellt sich ja ganz anders. Wir brauchen die anderen Länder gar nicht zu fragen, etwa Brandenburg, ob sie uns etwas abgeben. Nein, nein, der Herr Bundesminister Waigel muß nur sein Geld so lenken, daß Vernunft sich durchsetzt. Auch auf dem Wege von einem totalitären System zu einem föderalistischen System muß man eine Übergangsteuerung vornehmen.

Das ist unser Appell an dieser Stelle, daß diese nicht in einem irgendwie falsch verstandenen Selbstlaufmechanismus mündet. Das Übergangsgeschehen muß in gewisser Weise geführt werden für ein paar Jahre. Und dann greifen sicherlich die föderalistischen Strukturen und vieles pegelt sich ganz normal ein. Aber in dieser Übergangsphase muß man auch in Bonn entsprechendes tun, um diesen Übergang in Sachsen vernünftig zu ermöglichen.

Dr. M. Middell:

Wir werden ganz sicher noch auf Fragen zu den Personalstärken kommen. Herr Häckel,

wenn ich das wende, was Herr Dr. Rösler gesagt hat, ist der Freistaat Sachsen in gewisser Weise erpreßbar aufgrund seiner schlechten Finanzlage, wenn es darum geht, den eigentlichen Bildungsbedarf zu befriedigen. Oder entspricht Ihr Vorschlag, der jetzt auf dem Tisch liegt, aus der Sicht der Staatsregierung doch in etwa dem Bildungsbedarf in quantitativer Hinsicht und bezüglich der Struktur von Bildungsbedarf und -angebot, wobei es ja um den Bildungsbedarf über die Jahrtausendgrenze hinaus geht, denn jetzige Strukturentscheidungen werden langfristige Folgen haben?

H. Häckel:

Ich meine, daß wir uns vor vereinfachenden Darstellungen hüten müssen. Das klang mir jetzt etwas an bei der Frage, ob der Freistaat erpreßbar ist durch die Empfehlungen des Wissenschaftsrates, die ja von fachkompetenten Leuten kommen. Das ist nicht das non plus ultra oder die Entscheidung über die neuen Strukturen. Man muß bedenken, daß eine solche Ausgangssituation, wie sie der Wissenschaftsrat bei der Personalstärke vorschlägt, Hand und Fuß hat.

Natürlich ist es eine Schwierigkeit, wenn hier von Empfehlungen gesprochen wird, und wir auf der einen Seite wissen, Empfehlungen sind etwas Handhabbares, die ich auch ablehnen kann, zum anderen Empfehlungen für uns aber in gewisser Weise auch zwingend sind, weil wir in einer finanziellen Abhängigkeit sind. Daß unser Haus sich bemüht, in den neuen Strukturüberlegungen zu einem Konzept zu kommen.

das nicht nur für heute und morgen fertiggestellt wird, zeigt sich auch in dem intensiven Ringen um Zahlen. Ich meine, es ist an der Zeit, daß auch mal ein paar Zahlen dazu genannt werden.

„Unser Haus bemüht sich, in den neuen Strukturüberlegungen zu einem Konzept zu kommen, daß nicht nur für heute und morgen fertiggestellt wird.“
(Pressesprecher Häckel, SMWK)

Wir haben zur Zeit etwa 22 700 wissenschaftliche Mitarbeiter in Sachsen. Die Forderungen bestehen, sie auf 10 070 zu reduzieren. Wir sind in einem sehr intensiven Vorbereitungsprozeß für die neuen Strukturen, es sind neue Zahlen angedacht worden. Die bewegen sich etwa um 13 000. Da merkt man schon die ungeheuer große Mühe, die darin steckt, zu Reduktion zu kommen und dennoch nicht die gesamte Hochschullandschaft im Freistaat kaputtgehen zu lassen.

Ich meine, daß das notwendig ist, sich hier auf einen Konsens zu bewegen, der dazwischen liegt, zwischen den finanziellen Forderungen, denen wir uns natürlich nicht verschließen können, und den Möglichkeiten, Notwendiges aus dem jetzigen Bestand zu erhalten.

Dr. M. Gibas:

Wir sehen aus der Perspektive des Bundes demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler die Befriedigung des Bildungsbedarfs sicher nicht nur aus einer ganz kleinen sächsischen Perspektive, sondern der Freistaat gehört ja in die gesamt-bundesrepublikanische Bildungslandschaft.

„...die Befriedigung des Bildungsbedarfs nicht nur aus einer ganz kleinen sächsischen Perspektive!“
(Dr. Gibas, BdWi)

Die Hochschulrektorenkonferenz hat Anfang November Eckdaten des Personalstellenabbaus genannt. Die Rektorenkonferenz ist zu der Schlußfolgerung gekommen, daß bundesweit eigentlich 30 000 Stellen für wissenschaftliche Mitarbeiter fehlen. Es fragt sich, warum wissenschaftliches Personal in der Bundesrepublik abgebaut werden soll, wenn es in den alten Bundesländern schon einen solchen Bedarf gibt. Man ist zu dem Ergebnis gekommen, daß die Universitäten vollkommen überfrachtet sind, daß auf einen Hochschul-lehrer in den alten Bundesländern etwa 16 Studenten kommen. An den Universitäten, an den Hochschulen, an Fachhochschulen, die mehr als zwanzig Jahre alt sind, kommen auf einen wissenschaftlichen Mitarbeiter 38 Studenten.

Prof. Kriesel:

Unser Verband hat ein VHW-Memorandum zu den Perspektiven der Personalsituation im sächsischen Hochschulwesen vorgelegt, das eigentlich ausgelöst wurde durch die schreckenserregende Zahl von 10 050 Mitarbeitern. Diese Zahl findet sich, wie unsere Recherchen im Nachhinein ergeben haben, bereits in der Planung für 1991. Aber diese Zahl drückt ja gar nicht aus, worum es eigentlich geht. In dieser Zahl fehlt z.B. die gesamte Medizin mit rund 9 000 Mitarbeitern. Dann fehlen die Drittmittelstellen, sagen wir 3 500. So erreichen wir 22 bis 23 000.

Wir haben etwas anderes gemacht. Wir haben gefragt, wieviel Köpfe denn eigentlich an einer Hochschule oder im Hochschulwesen Sachsens nötig sind. Wir wollen uns ja für unsere Mitglieder engagieren, wir engagieren uns nicht für Planstellen, sondern für Leute, die letztendlich entweder hier weiterwirken oder nicht weiterwirken. Und da haben wir festgestellt, daß nach den verschiedenen Ländermodellen Sachsen etwa folgendes zustehen würde: wenn man uns an Baden-Württemberg mißt, dann stünden uns 24 000 zu.

Nun muß man allerdings sagen, das „Musterlände“ ist, auf die Wissenschaft bezogen, geizig. Es ist sehr geizig sogar. Die Hessen z.B., die leisten sich, bevölkerungsproportional gerechnet, 29 000, auf Sachsen umgerechnet. Man sieht also, Hessen gönnt sich in dieser Hinsicht weit mehr, auch mehr Studenten und mehr Absolventen sind dort üblich. Es ist also nicht so, daß Baden-Württemberg das Maß aller Dinge

wäre. Wir haben auch verglichen mit Nordrhein-Westfalen und mit Bayern. In der Größenordnung 24 000 für Sachsen liegt der Bundesdurchschnitt.

Nun muß man unterscheiden zwischen Planstellen und tatsächlichem Personal, das beschäftigt ist. Da spielen auch die Halbtagsstellen eine große Rolle. Und wir müssen uns vielleicht daran gewöhnen, daß unsere früheren Forschungsstudenten, Aspiranten später auf Halbtagsstellen arbeiten werden. Und das ist für sie durchaus lukrativ, das ist nach altbundesdeutschen Gepflogenheiten besser als ein Stipendium.

Man sollte noch über verschiedene Dinge nachdenken, um der Differenz nachzukommen, die aus meiner Rechnung herauszulesen ist, nämlich zwischen ca. 22 000 Stellen, die sich aus dem Ministeriumsvorschlag ergeben könnten, wenn man alles zusammenzählt, und den mindestens 24 000, aber eigentlich geht es ja in Richtung 29 000. Wir haben, so habe ich mir sagen lassen, in Sachsen in summa derzeit ca. 30 000 Beschäftigte. Das würde einen Abbau, einen Gesamtpersonalabbau von 20 % bedeuten, wenn man auf die 24 000 heruntergehen wollte, allerdings ungleich verteilt. Die Medizin macht insgesamt, gemessen an Baden-Württemberg, einen recht proportionierten Eindruck, da sind vielleicht noch 10 % abzubauen. Ansonsten ist auch intern relativ gut proportioniert zwischen Wissenschaftlern und anderen Kräften. Im Bereich der anderen Disziplinen sieht es etwas anders aus. Und deswegen wird also aus diesen 20 % Durchschnitt für einige dann etwa 10 % und für einige vielleicht ein Wert zwischen 25 und 30 %, wenn man es real betrachtet.

Man sollte sich hier nicht am unteren Niveau messen lassen, sondern durchaus nach Wegen suchen, wie man durch zeitweilige Lösungen den Übergang vernünftig macht. Wir haben nichts gegen die 10 000, wir haben auch nichts dagegen, die Zahlen für Baden-Württemberg zu halbieren (wenn man genau rechnet, ist es nicht genau die Hälfte, sondern etwas mehr). Aber wir haben etwas dagegen, daß man diesen Endzustand ab sofort einführt. Und das darf man eben nicht machen. Man muß nach Übergangslösungen suchen. Und der Minister hat es ja eigentlich schon angedacht, indem er z.B. Seniorenprogramme vorgeschlagen hat, z.B. Stellen mit dem Signum „keine Wiederbesetzung“. Durch solche Verschiebungen und Methoden kann man erreichen, daß ein vernünftiger und das Wissenschaftssystem nicht zerstörender Übergang ermöglicht wird.

Aber wir wollen auch ganz klar sagen, wir trennen zwischen den Zahlen und den derzeit an den Hochschulen vorhandenen Personen. Die personelle Erneuerung hat mit der eventuellen Zahlengleichheit überhaupt nichts zu tun. Zahlengleichheit heißt bei weitem nicht, daß alle verbleiben dürfen. Das Zahlenspiel muß man scharf trennen von der personellen Erneuerung, das möchte ich noch einmal klar gesagt haben. Mindestens setzen wir uns dafür ein, die personelle Erneuerung zu betreiben, sie zuerst zu betreiben, die fachliche Evaluierung zu betreiben und erst dann, wenn dies im wesentlichen abgeschlossen ist, eventuelle Kündigungen, wenn sie notwendig sind, aus mangelndem Bedarf heraus vorzunehmen. Nicht umgekehrt, aus mangelndem Bedarf zu kündigen und hin-

terher dann die Leute trotzdem noch herausnehmen zu müssen aus anderen Gründen. Es ist wichtig, daß man die Reihenfolge dabei einigermaßen einhält.

Unsere Recherchen haben noch ganz andere Dinge herausgebracht. Z.B., daß es grundfalsch ist, sich an den Studentenzahlen der bundesdeutschen Hochschulen zu orientieren. Diese Orientierung kann völlig danebengehen. Ich nenne einmal zwei Zahlen: Die bundesdeutschen Hochschulen brauchen, um 100% Absolventen zu erzeugen, 1,8 mal so viele Studenten wie die ehemaligen Hochschulen der DDR. Das hängt mit der Länge der Studienzzeit und der Erfolgsquote zusammen. Eine zweite Zahl: Im Bereich der Ingenieurwissenschaften haben die Hochschulen der ehemaligen DDR 160 % Absolventen pro wissenschaftlichen Mitarbeiter verglichen mit den alten Bundesländern hervorgebracht. D. h., es war ein anderes System, ein völlig anderes. Die Auswahl geschah nach ganz anderen Methoden. Wir hatten numerus clausus total. Die Auswahl erfolgte schon in den Gymnasien mit Zulassungsbeschränkungen. Deswegen ist die Vergleichbarkeit sehr kritisch zu sehen. Und wir meinen, man müßte sich bei den Studenten wesentlich dann auf die Absolventen orientieren.

Wir müssen erst einmal davon ausgehen, daß wir in Zukunft die Studentenzahlen nicht wesentlich erhöhen werden. Bis 1994/95 tut sich bei den Abiturienten so gut wie gar nichts. Ab 1994 gehen die Zahlen nach oben. Vorher werden wir nicht nennenswert mehr immatrikulieren können. Wenn wir aber unsere Leistungsfähigkeit, unseren Wirkungsgrad absenken, dann erzeugen wir

ein Absolventenloch. Und das kann uns sehr stark auf die Füße fallen, das kommt 1994/95/96, zu einem Zeitpunkt, wo eigentlich die Wirtschaft anlaufen soll und ein steigender Bedarf von dieser Seite angemeldet wird.

Das müssen wir doch von der wirtschaftlichen Seite her durchdenken, von der Seite der Volkswirtschaft, nicht von der hochschulwirtschaftlichen Seite. Hier spielen eigentlich Faktoren in Entscheidungen eine Rolle, die gar nicht intern im Ministerium für Wissenschaft und Kunst zu sehen sind, sondern die von anderen Ministern gesehen werden müßten. Demzufolge müßte auch der Wirtschaftsminister sagen: mein Gott, was macht ihr denn da, das können wir doch nicht tun, wir können doch kein Absolventenloch um das Jahr 1995 produzieren. Wenn wir das zulassen, dann schneiden wir uns den Ast ab, auf dem wir sitzen. Es müßte im Kabinett Verständnis für dieses Anliegen gewonnen werden, und sicher ist auch aus Richtung Bonn Unterstützung zu erwirken. Der sächsische Finanzminister kann das Geld für den Übergang nicht allein aufbringen.

Dr. Förster:

Wir haben uns, Herr Kollege Kriesel, schon über Ihre Zahlen unterhalten, sie werden von uns nicht akzeptiert. Ich glaube schon, bei allen Differenzen zur Staatsregierung, daß Sachsen bei dem Vergleich mit einem doch zumindest nicht hinterherhinkenden Flächenstaat, und zwar proportional zur Bevölkerung, recht gut fährt.

In diesen 10 070, das muß ich zugeben, ist a) der ganze medizinische Bereich nicht einbezogen, das muß man der Deutlichkeit halber hier sagen. Es kommen also für Sachsen fast noch einmal 10 000 Leute hinzu, so daß die Zahlen praktisch bei 20 000 liegen. M.E. ist nicht die Last berücksichtigt, die Sachsen aus den jüngsten Beschlüssen der Kultusminister-Konferenz erwächst. Danach ist es notwendig, mehrere Jahrgänge von Fachschulabsolventen durch ein Zusatzstudium zu qualifizieren. Das wird nach meinen überschlägigen Berechnungen allein für die Ingenieurwissenschaften zusätzlich 10 bis 15 000 Studienplätze erfordern, die innerhalb kürzester Frist bereitzustellen sind, weil die Leute mit Sicherheit nicht warten wollen, bis sie nach 10 Jahren endlich mal dran sind. Deshalb ist es notwendig, zumindest für eine bestimmte Zeitspanne, also für vier bis fünf Jahre, einen Überschuß über diese 10 070 zu haben, die ja, das muß ich sagen – wir haben uns gegen diesen Beschluß gewehrt –, vom Landtag beschlossen worden sind. Die 10 070 Leute stehen für 1991 im Haushaltsgesetz. Hier müssen zusätzliche Stellen vorgesehen werden. Insofern ist die Lage, wie sie sich heute mit der Kultusminister-Konferenz und ihren Beschlüssen darstellt, anders als sie war, als der Haushalt beschlossen wurde.

Die SPD-Fraktion wird daher die Forderung des Staatsministers nach Erhöhung der Stellenzahl unterstützen. Man muß bei der ganzen Stellenzahl aber auch sehen, daß die Studentenzahlen, darauf haben wir hingewiesen, sich nicht nur momentan vergrößern, sondern es teilweise, besonders bei den Ingenieurwissenschaften, zu einer radikalen Reduzierung gekommen ist. Das

hängt eindeutig damit zusammen, daß Sachsen zwar ungefähr 30 % der Studienbewerber der DDR hatte, aber über 40 % der Studienplätze, und bei den Ingenieurwissenschaften waren es 67 %. Wir werden also bei den Ingenieurbereichen um den Abbau der Studienplätze nicht herumkommen. Deshalb wird bei den Ingenieurwissenschaften das Personal überproportional abgebaut werden müssen.

Aber ich bin nicht der Meinung, daß sich der Freistaat Sachsen dem Durchschnitt der alten Bundesländer im Verhältnis zwischen Ingenieurwissenschaften und Geisteswissenschaften anpassen sollte. Das halte ich für verfehlt. Es ist vielleicht finanzökonomisch gut. Wenn das stimmt, was der Ministerpräsident sagt, daß Sachsen in absehbarer Zeit zu den schönsten und modernsten Industrielandschaften gehören soll, dann müssen wir auch in diesem Feld ausbilden, dann müssen wir über dem Durchschnitt liegen. Und es ist auch kein Geheimnis, daß die Arbeitslosenquote bei den Ingenieuren in den alten Bundesländern wesentlich geringer ist als bei den Geisteswissenschaftlern. Das spricht ja nicht dafür, daß die Proportionen, wie wir sie in alten Bundesländern vorfinden, richtig sind.

Dr. Rösler:

Kollege Förster hat mir schon viel von der Argumentation genommen. Es hat sich jetzt doch eine andere Grundlage für unsere Diskussion ergeben. Wir haben Modellrechnungen, die im Prinzip auf der Grundstruktur aufbauen, die wir gerade diskutiert haben

und die uns der Kanzler aus Freiburg i.Br. vorgeführt hat. Jetzt verfügen wir im Prinzip über eine Grundlage, also ein ganz konkretes Zahlenwerk, das unsere Struktur übersetzt. Und das hatten wir zu dem Zeitpunkt nicht, als wir den Haushalt diskutiert haben. Wir haben diese 10 000 Stellen als Orientierungsgröße aufgefaßt. Das eine ist die ganz spezielle Rolle, die die Ingenieurwissenschaften in Sachsen spielen, ebenso wie die Naturwissenschaften. Trotzdem müssen wir rationalisieren.

Aber auf der anderen Seite, ganz besonders im geisteswissenschaftlichen Bereich müssen wir aufbauen, um auf ein ausgeglichenes Niveau zu kommen. Also müssen wir auf der einen Seite rationalisieren in diesen traditionellen Bereichen, die wir hier in Sachsen haben, auf der anderen Seite aufbauen. Und deshalb ist es so, daß wir heute durchaus die Zahlen, die jetzt bei dieser Rechnung herausgekommen sind, die 13 000 Stellen, als Diskussionsgrundlage nehmen müssen. Weil wir als Hochschulpolitiker natürlich nur mit verantwortbarem Zahlenmaterial argumentieren können. Und das sage ich hier so deutlich. Wir haben uns im Arbeitskreis da auch schon positioniert, ähnlich wie im Ausschuß, das wir versuchen werden diese Zahlen als Grundlage auch in der CDU-Fraktion durchzusetzen. Da wird es sicher noch Diskussionen geben. Denn man muß eines bedenken. Es gibt auch noch andere Bereiche in Sachsen, und auch andere Bereiche im öffentlichen Dienst. Und man wird diskutieren, wieso die Hochschulen soviel verlangen. Und dann kommt wieder die Diskussion über die Privilegierten. Ich will es nur einmal so anreißen.

Aber wir haben jetzt einfach gute Argumentationsgrundlagen, daß wir sagen können, wir haben jetzt hier ganz bestimmte Modelle. Und wenn wir sie nicht durchsetzen können, müssen wir natürlich Abstriche machen, Abstriche letztlich an dem, was der Wissenschaftsrat an Empfehlungen herausgegeben hat, die wir in Zahlen übersetzt haben. Halten wir uns auf der einen Seite an die Empfehlungen des Wissenschaftsrates, würden wir in dem Moment von uns aus die Empfehlungen des Wissenschaftsrates unterlaufen. Und das wollen wir nicht. Das schließt sich eigentlich nahtlos an die Argumentationen von Kollegen Förster an. Wir haben deshalb vereinbart, daß wir auf eine erste Lesung dieses Hochschulstrukturgesetzes, das ganz klar die Grundstruktur unseres Hochschulwesens beschreiben muß, verzichten werden. Einfach um diese ganze Geschichte möglichst schnell im Ausschuß zu diskutieren. Und wir wollen auch ganz schnell zu grundlegenden Entscheidungen kommen hier in Sachsen.

Ich glaube, eines ist unerträglich an den Hochschulen, das ist einfach der Schwebzustand. Irgendwann muß klar werden, was wird nun, in welche Richtung geht es, wo sind die Strukturen, wo sind welche Stellen. Und da kann natürlich folgendes passieren, wenn wir unsere Vergangenheitsbewältigung in den Personalkommissionen nicht intensivieren. Wir können diesen Zustand nicht endlos vor uns herschieben und sagen, bis wir die Vergangenheit aufgearbeitet haben, können wir keine Hochschulstrukturplanung machen. Das können wir uns einfach nicht leisten. Das müssen wir ganz deutlich den Kollegen in den Personal-

kommissionen sagen. Irgendwann beginnt die Hochschulstrukturplanung. Sie müssen sich also mit diesen Dingen da beeilen. Und dann müssen wir natürlich die neue Hochschulstruktur vorlegen und besetzen. Ich glaube, da gibt es anders als im Schulbereich grundsätzlich keinen Dissens zur FDP oder zur SPD.

Dr. M. Middell:

Meine Erfahrungen mit Strukturdiskussionen, die konkret in den Bereichen stattfinden, sind so, daß entweder allgemein über Stellen gesprochen wird, dann geht es um anonyme Stellen, oder es werden Diskussionen über Professorenstellen geführt. Die Frage ist natürlich, wo bei diesen Strukturüberlegungen der akademische Mittelbau zu finden ist, eine quantitativ viel größere Gruppe als in den alten Bundesländern. Und manchmal hat man gerade bei diesem Problem den Eindruck, daß es sich in den alten und neuen Bundesländern um sehr unterschiedliche Erfahrungen handelt, aus denen unterschiedliche Perspektiven entstehen.

Dr. W. Naumann:

Die Hochschulstrukturdiskussion betrifft den Mittelbau in besonders starkem Maße. Die Differenzen liegen ganz sicher nicht in dem Konzept, für die Landeshochschulstruktur in Sachsen. Ich glaube, daß dies in den Grundzügen sehr vernünftig angedacht ist. Die Meinungen gehen aber sicher darüber auseinander, wie diese 10 000 oder 13 000 Stellen zu verteilen sind. Dort liegt

für uns die eigentliche Problematik. Wenn bei der personellen Erneuerung – da muß ich Herrn Rösler vollkommen recht geben – kein Geschwindigkeitsschub kommt, werden erhebliche Schwierigkeiten entstehen.

Es gibt gewisse Tendenzen bei den Hochschullehrern, schnell und problemlos die Positionen des Hochschulrahmengesetzes zu erreichen: C 3-, C 4- Verbeamtung. Natürlich ist das sehr verständlich, und für einen Teil des Mittelbaus, der den Status „berufungsfähig“ hat, ist das es auch charakteristisch, so schnell wie möglich berufen zu werden.

Die Chance der Erneuerung in den neuen Ländern liegt aber nicht darin, daß wir eine personelle Erneuerung machen und dann ist die Welt in wieder Ordnung. Ich glaube, wir müssen über das jetzige Konzept des Hochschulrahmengesetzes hinauskommen. Es ist weiter zu entwickeln, denn die Personalstruktur, die das Hochschulrahmengesetz vorschreibt, ist nicht zum besten bestellt. Ich glaube nicht, daß das die bewährte Hochschulstruktur für Deutschland sein kann. Auch in den alten Ländern ist die Diskussion zum HRG in Bewegung gekommen. Wir sollten ganz massiv mitwirken, um dieses Konzept vorwärts zu entwickeln. Das HRG ist in der vorliegenden Form eine sehr scharfe Abwehrreaktion auf die 68er Bewegung, und das hat natürlich trotz einiger Verbesserungen Nachteile mit sich gebracht.

Man kann heute moderne Hochschulen mit riesigen Studentenzahlen nicht mehr mit Konzepten führen, die vor 100 Jahren ein-

mal gültig waren. Ich glaube, daß man vielmehr eher ein klein wenig nach einem modernen Management in einem Großunternehmen schielen könnte, das sehr erfolgreich arbeitet. Dort gilt ein Grundsatz: verteile Verantwortung so breit wie nur möglich. Im Hochschulwesen ist das nicht der Fall. Dort tragen direkte Verantwortung nur die Hochschullehrer.

Muß man aber jede Verantwortung in allen Bereichen der Hochschule einem teuer bezahlten Hochschullehrer überantworten. Es gibt durchaus zahlreiche Stellen in der Hochschule, die durch einen finanziell wesentlich billigeren hochqualifizierten Mittelbau wahrgenommen werden können. Das Problem hat aber noch eine weitere Dimension. Ich will die Sache so umreißen, um auch etwas zu provozieren: Muß man in jedem Fall Hochschullehrer verbeamten. Ich glaube, daß eine Verbeamtung dazu führt, ich spreche dabei niemanden persönlich an, daß Kreativität und Innovation auf einen Ruheast kommen können. Und das trifft natürlich genau so gut für den Mittelbau zu, den ich in die Position eines Akademischen Rates mit Beamtenstatus bringe. Warum sollte er sich dort weiter kreativ bemühen. Das ist Beamtentum, und ich glaube, damit kann man eine moderne Hochschule nicht mehr unbedingt führen. Hier sind Fehler zu vermeiden, hier läge eine Chance für den Neubeginn der Hochschulpolitik in den neuen Ländern.

Prof. Fröhlich:

Ich würde meinen, daß wir als Grundlage der ganzen Diskussion auch im Land eine

gewisse Vorkalkulation des Bedarfes für die nächsten 10 bis 15 Jahre machen sollten und erst danach die Berechnung aktualisieren. Und ich würde zuerst von der sächsischen Regierung verlangen, daß sie diese exakte Kalkulation im eigenen Lande anstellt. Natürlich sind Vergleiche mit Baden-Württemberg nützlich, aber ich würde meinen, wir sollten das in Sachsen doch selber mal berechnen auf Grund unserer eigenen Struktur.

Die FDP stimmt Grundgedanken des vorgelegten Konzepts völlig zu. Aber auf der anderen Seite wollen wir auf eine erste Lesung des Hochschulstrukturgesetzes im Landtag keinesfalls verzichten. Sicher ist Eile geboten, aber wir müssen mit der ersten Lesung der gesamten sächsischen Öffentlichkeit die Gelegenheit geben unsere Argumente anzuhören. Wir wollen keine Schlammschlacht oder etwas ähnliches produzieren, aber es muß das Konzept durchaus der Öffentlichkeit dargestellt werden.

Dr. M. Middell:

Welche Position hat das Staatsministerium zu den hier diskutierten Fragen des Bildungsbedarfes? Auf der einen Seite treffen wir eine Argumentation, die ja auch in den alten Bundesländern immer stärker wird, eine relativ technizistische Betrachtung, die vor allem verlangt, Absolventen für die Wirtschaft herzustellen. Auf der anderen Seite, das haben hier mehrere betont, geht es darum, die Geisteswissenschaften, die in den letzten beiden Jahren erheblich attackiert worden sind, auch gegen ein öffentliches

Vorurteil zu stärken. Mit Blick auf die Probleme von Bildungsimporten und -exporten: Bilden Sachsens Hochschulen nur Sachsens Studenten für Sachsen aus? Es wird in allen neuen Ländern jetzt eine Strukturplanung betrieben und es wird überall sehr knapp geplant, weil man sich darauf verläßt, daß man bestimmte Bildung auch importieren kann. Sachsen war traditionell ein Bildungsexportland. Ist das in den Strukturüberlegungen ausreichend berücksichtigt? Und die dritte Frage richtet sich auf die Umsetzung dieser Strukturplanung: wer diesen Prozeß eigentlich in Gang setzen wird. Wie weit muß die Autonomie der Hochschulen dafür wieder zurückgegeben werden, weil an der Basis eine höhere Sachkompetenz für die Detailentscheidung vorliegt? Inwieweit müssen aber auch übergreifende Vorstellungen der Landesregierung gegen Partikularinteressen durchgesetzt werden, weil es um die Verteilung auf den ganzen Freistaat geht?

Staatssekretär Noack:

Jeder hat in der Bundesrepublik das Recht auf den Erhalt eines Ausbildungsplatzes. Er kann sich aussuchen, was er werden möchte. Das kann aber nicht heißen, wenn jetzt Millionen in eine Fachrichtung strömen, daß der Freistaat diese Millionen Studienplätze vorhält. Ganz dürfen wir am Bedarf nicht vorbeigehen. Auch in der Landwirtschaft muß vorausschauend gedacht werden. Allerdings muß eine Gewichtung gefunden werden, um den Neigungen der jungen Menschen gerecht zu werden, aber auch um sie umzuleiten, damit sie später

nicht ohne Beruf dastehen. Hier muß eine Landesregierung regulierend eingreifen.

„Die Hochschulautonomie ist sicherlich noch nicht in dem Maße vorhanden aufgrund der Aufbauphase ...“

(Staatssekretär Noack, SMWK)

Natürlich bilden wir auch aus für viele andere Länder, nicht nur für die Landeskinder. Import und Export müssen ausgewogen sein. Die Umsetzung des Hochschulstrukturkonzeptes wird in enger Zusammenarbeit mit den Hochschulen stattfinden im Rahmen ihrer Autonomie, im Rahmen der dem Freistaat zustehenden Staatsaufgaben. Diese Autonomie, das kann jeder nachlesen im Sächsischen Hochschulneuerungsgesetz, ist sicherlich noch nicht in dem Maße vorhanden auf Grund der Aufbauphase, in der wir uns jetzt befinden, wie sie in den alten Bundesländern vorhanden ist. Gänzlich wird sie geschaffen werden können spätestens bis zum 3. Oktober 1993, wenn dann das sächsische Hochschulgesetz in Kraft treten muß, damit auch das Hochschulrahmengesetz. Aber es gibt heute schon soviel Autonomie, daß die Hochschulen einen Freiraum haben, sich z.B. im Rahmen des ihnen dann zustehenden Stellenkonzeptes eine Ausbildungsstruktur zu gestalten und herauszubilden.

Wir sind der Meinung, daß dieses Hochschulstrukturgesetz den vorhandenen Aus-

bildungsbedürfnissen in Sachsen entspricht. Wir glauben, daß es ausgewogen ist, auf der Grundlage der Empfehlungen des Wissenschaftsrates und unserer eigenen Hochschulkommission. Sie wissen, daß die Staatsregierung eine Beratungsgremium hat, die sächsische Hochschulkommission, sie besteht aus sächsischen Wissenschaftlern und aus westdeutschen Wissenschaftlern. Und das sind alles erfahrene Leute, die uns auch ermuntert haben, dieses Konzept mit 12956 Stellen ins Kabinett einzubringen. Wir sind der Meinung, daß wir die Spezifik der Ingenieurausbildung im Freistaat Sachsen durchaus werden beibehalten müssen. Wir dürfen aber nicht nur auf diesem Gebiete tätig sein, sondern müssen auch die Geisteswissenschaften stärken. Wenn wir z.B. auf 10 100 Stellen - der Finanzminister hat sich ja bewegt von 10 070 auf 10 100 - bleiben, dann können wir ein universitäres Bauingenieurwesen in Leipzig nicht realisieren. Wir halten es für unverzichtbar, ein solches Bauingenieurwesen an der Universität Leipzig zu etablieren und nicht nur im Rahmen einer Fachhochschule.

Ich möchte noch einige Ansatzpunkte aufgreifen. Vor allem darf es nicht passieren, daß der Finanzminister, das ist in den alten Bundesländern genauso, die Wissenschaftspolitik macht oder die Sozialpolitik. Aber wir sind Realisten. Wir wissen, daß das Geld eine entscheidende Rolle spielt. Wir leben ja nicht im Schlaraffenland. Deshalb haben ich hier auch sehr realistische Einstellungen gehört, und ich freue mich darüber sehr. Wieso eigentlich haben die Hochschulen eine Sonderstellung. Es ist überhaupt keine Sonderstellung, wenn wir von ca. 27 000 Beschäftigten auf 13 000

gehen. Das ist doch ein gewaltiger Schnitt, das ist sehr deutlich.

Irgend jemand hat gesagt, dafür brauchen wir auch ein soziales Netz, um die vielen Menschen aufzufangen im Rahmen von Übergangslösungen. Der Staatsminister hat das ja erwähnt. In der Kultusministerkonferenz hat er angeregt, eine Arbeitsgruppe einzusetzen, die für die fünf neuen Länder das Zahlenmaterial ermittelt und Vorschläge erarbeitet, wie man so etwas machen soll. Hier sind schon einige mögliche Maßnahmen genannt worden. Interessant ist jedoch, daß der Bund verlangt, dieses Zahlenmaterial so schnell wie möglich vorzulegen.

Wir müssen in der Zukunft auch sehen, daß die Überlast, die an den Hochschulen in Westdeutschland besteht, nicht vollends zur Normallast wird. Ich frage mich überhaupt, wie lange die Finanzminister das durchhalten wollen, in diesem Sinne zu verfahren und warum die Ministerpräsidentenkonferenz diesen gordischen Knoten nicht durchschlägt. In unserem Land ist die geistige Potenz unserer jungen Menschen der Rohstoff und den müssen wir pflegen und ausbilden. Darin liegt unsere Zukunft. Das habe ich dem Finanzminister im Gespräch gesagt, daß mir ein anderes Herangehen viel zu schematisch sei.

Jetzt nun noch zu der Frage, was mit den Studentinnen und Studenten passiert, die an bestimmten Hochschulen, beispielsweise Zwickau, nicht weiterstudieren können. Sie können ihr Studium unter den alten Bedingungen beenden. Wenn natürlich jemand gerade im ersten oder zweiten Semester ist, dann wird man ihm empfehlen oder ihm

raten, unter Anerkennung der bisher gebrachten Studienleistungen einen Studiengang an der neubegründeten Fachhochschule weiterzuführen. Ich denke, daß dies auf Resonanz stoßen wird. Was die Theaterhochschule anbetrifft, handelt es sich um einen Vorschlag von uns, darüber wird sicherlich noch sehr heiß diskutiert werden. Wir haben es jetzt erst mit der Begründung, die ich genannt habe, vorgeschlagen. Wir wissen, daß dort überwiegend gute Arbeit geleistet worden ist. Wir können uns auch vorstellen, daß diese Arbeit fortgesetzt werden kann in einer Hochschule für Theater und Musik. Es kommt weniger auf die Organisation als auf die Inhalte an.

Prof. P. Porsch:

Die Einmaligkeit ist doch die Zusammenführung von Theaterwissenschaft und Schauspielbildung. Warum findet man in dem Konzept, daß die kunsttheoretischen Fächer in der Graphik, Buchkunst und Musikwissenschaft an diese künstlerischen Hochschulen überführt werden, während die Theaterhochschule auseinanderfällt. Das kann ich nicht verstehen.

Dr. Rösler:

Es ist einfach eine Tatsache, daß durch den Prozeß der deutschen Vereinigung die gesamte Hochschulreform im gesamten Bundesgebiet ins Stocken gekommen ist. Die Struktur ist teilweise verkrustet. Und eigentlich steht auch in den alten Bundesländern eine Reform an.

Wir haben allerdings noch andere Probleme, die ganz einfach aus unserer Genesis entstanden sind im Hochschulbereich. Die kann niemand wegdiskutieren. Auch nicht Herr Pasternack. Und nun sagen natürlich die Hochschullehrer im Altbundesgebiet, angesichts dieser Probleme braucht man über Reformen bei uns gar nicht zu reden. Und das ist ganz typisch. Darüber sind wir uns einig. Und was die Beamtung der Professoren betrifft: Also ich sage ihnen ganz ehrlich, ich sehe das genauso wie Herr Naumann. Daß jeder die Beamtung anstrebt, weil sie Sicherheit gibt, ist menschlich verständlich. Aber ich glaube, es wäre illusorisch, wenn wir uns einbilden würden, daß gerade wir im Osten die Hochschulreform im Altbundesgebiet anstoßen können bis 1993. Deshalb müssen wir einfach so realistisch sein, daß wir sagen, wir gehen zu 90% auf die Struktur des Hochschulrahmengesetzes zu. Ob uns das nun in jeder Hinsicht gefällt, gerade im Hinblick auf die Beamtung, oder nicht. Wir müssen uns einfach damit abfinden. Wir müssen uns einfach in diese Diskussion einblenden und fragen, ob denn jeder Professor in Deutschland verbeamtet sein muß. Muß denn jeder in Deutschland, der irgendwie auf einen Professorenstuhl kommt, dort auch 30 Jahre sitzen. Das kann man schon diskutieren. Aber wir hier im Osten werden dieses Problem nicht lösen und müssen einfach dieses Stück Realismus haben.

Staatssekretär Noack:

Ich halte es schon für richtig, es muß ja nicht die sächsische Landesmeinung werden, wenn der Grundstock des Lehrkörpers

verbeamtet ist. Dadurch ist eine Kontinuität gesichert. Ich bin nicht der Meinung, daß durch eine Verbeamtung jede Initiative oder jede Innovation erstirbt. Ich bin auch Beamter.

Prof. Kriesel:

Jetzt muß ich etwas sagen, denn der Verband Hochschule und Wissenschaft ist Mitglied des Beamtenbundes. Die Fluktuation wird bei Beamten trotzdem erreicht, und die war ja bisher hier nicht vorhanden, u.a. durch die Befristung von Wissenschaftlerstellen.

Man muß ja nicht davon ausgehen, daß 30 Jahre lang auf ein und demselben Platz gesessen werden muß. Das wollen wir ja gerade verhindern. Export und Import von Studenten sind nicht nur eine gewollte Nebenerscheinung, sondern es ist eigentlich ein Hauptprinzip, daß die Studenten von Land zu Land gehen können, weil sie wissen, dort sind die besten Leute, dort sind die besten Ausbildungsmöglichkeiten. Also müssen wir uns in Sachsen doch überlegen, womit wir ein bißchen wuchern können, womit wir Studenten anziehen können, die in Sachsen studieren wollen. Wir dürfen uns nicht allein darauf konzentrieren, wie wir unsere Produktion für den Eigenbedarf adäquat entwickeln können. Deshalb ist auch das Verhältnis von Geisteswissenschaften und Ingenieurwissenschaften in Sachsen jetzt nicht so ein statistisches Problem, wie das zur Zeit dargestellt wird.

Wenn wir in Sachsen tatsächlich auf ingenieurwissenschaftlichem Gebiet zu

viele Potenzen haben, dann sollte man sie nicht verschrotten oder verlagern, zumindest nicht in der jetzigen Phase, weil das auch gerade für den Bildungsexport aus Sachsen eine enorme Chance ist, uns hier ins Gespräch zu bringen. Sonst bleiben wir sozusagen Hochschullandschaft am Rande Deutschlands, die immer noch in der Umstrukturierung ist. Interessant werden wir, wenn wir zum einen genügend kreative Persönlichkeiten haben. Die Einheit von Forschung und Lehre müßte dabei eigentlich als grundlegende These beachtet werden. Das haben wir jetzt ein bißchen verdrängt. Wenn wir uns diese Beine weg-sägen, dann kommen wir natürlich dazu, daß wir das universitäre Konzept weitgehend durchlöchern.

Prof. P. Porsch:

Ich bin insbesondere für Staatsferne, und ich bin skeptisch gegenüber beamteten Professoren, weil ich glaube, daß die Staatsnähe, die vor den beamteten Professoren steht, natürlich auch die Gefahr der Instrumentalisierung von Wissenschaft und Politik erhöht. Ich will keinen einzelnen jetzt in Verdacht bringen, aber die Gefahr ist riesengroß, wenn die Existenz auf Ge-deih und Verderb mit dem Staat verbunden ist.

Ich wollte daneben auch auf ein mögliches Risiko eingehen. Die Bedingungen von Modellberechnungen kann man auch so ansetzen, daß man nicht unbedingt von Einwohnerzahlen ausgeht und pro Kopf rechnet, also in unserem Fall nach der bekannten Formel von Baden-Württemberg

geteilt durch zwei, sondern so, daß man tatsächlich die Effektivität der Hochschulen an den Absolventenzahlen mißt und dann auch zu anderen Personalbeständen gelangte. Ich glaube, die Hochschule, die effektiv zu Absolventen kommt, ist die billigere. Denn Studenten sind hochsubventioniert, wenn man genau hinschaut. Es fängt beim Kindergeld an, geht über das BAföG und viele, viele Dinge. So ist es wahrscheinlich billiger, wenn die Studienzeiten nicht so lang sind.

Es ist schon mehrfach hier etwas zum Bekenntnis zum Bildungsexport, zum Studentenimport gesagt worden. Ich würde das dick unterstreichen wollen. Ich glaube, bei den Konzeptionen ist zu früh davon ausgegangen worden, daß wir nicht fähig sind zu diesem Import unter den neuen Bedingungen. Und ich kann auch nicht verstehen, warum man die Standortvorteile, die Import bewirken könnten, leichtfertig aufgibt.

Ich will nur darauf hinweisen, nicht aus Lokalpatriotismus, sondern weil das eben die Importbedingungen betrifft, daß ich eine so drastische Beschränkung des Hochschulstandortes Leipzig, der die Hauptlast der Einschränkungen trägt, ganz offensichtlich, nicht verstehen kann, weil von Leipzig aus die Öffnung zu Regionen sehr viel einfacher ist, jedenfalls zu traditionellen Einzugsregionen und auch zu solchen, die man sich noch erschließen kann wie Bayern z.B., sehr viel einfacher und schneller geht als von Dresden aus.

Ich will nicht gegen Dresden argumentieren, aber ich kann z.B. nicht verstehen,

warum man in der universitären Ausbildung von der TH Leipzig die Bauingenieur-ausbildung übernimmt, aber nicht die der Polygraphie. Die universitäre Polygraphie-ausbildung wäre etwas Neues in Deutschland, sie würde die Chance bieten unter den gegenwärtigen Umständen, zum Beispiel die Fachhochschulabsolventen anzuziehen, die dann hier ihre Hochschulweihe bekommen und an die Fachhochschulen wieder zurückgehen. Das wäre eine Möglichkeit.

Ich möchte noch auf die Integration von Universität und Pädagogischer Hochschule hinweisen, weil ich glaube, in Leipzig ist die einzige PH, die de facto liquidiert wird. Die anderen werden nicht liquidiert, die werden tatsächlich übernommen. Ich meine, der Standort Leipzig, wo die meisten eigentlichen Schließungen vollzogen werden und die meisten Einschränkungen vorgesehen sind, sollte unter dem Gesichtspunkt des Imports von Studentinnen und Studenten betrachtet werden.

Ich wollte mich noch dem Kardinalproblem zuwenden, das Herr Naumann angesprochen hat. Die Relation zwischen Professoren, akademischem Mittelbau, aber auch zwischen wissenschaftlichen Mitarbeitern und nichtwissenschaftlichem Personal ist nach meiner Ansicht ein Schlüsselproblem für den Neuaufbau aller Universitäten und Fachhochschulen, weil damit nicht nur die Qualität der Lehre beeinflusst wird. Auf Grund von 20 Jahren Erfahrungen an der Universität kann ich sagen, daß tatsächlich ein guter Assistent eine wesentliche bessere Übung machen kann als ein Professor. Und es fragt sich dann, ob man einen Übungsleiter so hoch bezahlen soll. Hier liegt also

ein Weg, mit dem gleichen Geld wesentlich mehr Leute im Hochschulwesen zu beschäftigen. Wenn wir in dieser Frage ein vernünftiges Verhältnis herstellen.

In der Konzeption der Staatsregierung ist doch ein Verhältnis vorgesehen, für die Universitäten, wenn ich das richtig gelesen habe, von 1 zu 3, also Professorenstelle : wissenschaftliches Personal : nichtwissenschaftliches Personal 1:3:4, und bei den Fachhochschulen von 1:1:1. Das halte ich, im Vergleich zu dem Ist-Stand, z.B. bei der TU Dresden, für angemessen. Der Hochschullehrerbund, also die Vereinigung der westdeutschen Fachhochschullehrer, hat gegen dieses Verhältnis an den Fachhochschulen von 1:1:1 sehr starke Bedenken. Dort wird argumentiert, in dieser Konstellation nimmt uns der akademische Mittelbau die einfache Lehre weg, Praktika, Übungen, und wir müssen dann die 18 Stunden Vorlesung halten, die ja im wesentlichen schwerere Arbeit sind. Also, mit dem vorgeschlagenen Verhältnis wäre Sachsen auf einem guten Weg, und zwar nicht nur unter Kostengesichtspunkten, sondern auch, weil der Abbau des Personals nicht nur einseitig auf Kosten des akademischen Mittelbaus erfolgt.

Dr. W. Naumann:

Ich habe mit meinen Worten nicht zum Sturm auf die Professoren geblasen. Der akademische Mittelbau, aus dem sich auch die Hochschullehrer rekrutieren, arbeitet nach dem HRG-Konzept in Abhängigkeit von den Professoren. Mit der Habilitation

wird derjenige, der auserwählt ist, plötzlich mit einer Berufung in die Lage versetzt, alle Aufgaben und Verantwortung zu übernehmen. Er wächst in diese Aufgaben nicht hinein. Ein Problem, das sich in drei, vier, fünf Jahren sehr prekär bemerkbar machen wird, es fehlt uns der notwendige Nachwuchs mit Erfahrung.

„Ein Problem ist aber: Der Akademische Mittelbau arbeitet nach HRG-Konzept in Abhängigkeit von den Professoren.“
(Dr. Naumann, LAM)

Wenn ich Leute mit 40, 45, 50 Jahren mit einer Habilitation auf eine befristete Stelle von drei bis vier Jahren Laufzeit setze (HRG), dann betreiben sie nicht mehr Wissenschaft, sondern sie betreiben einen Job, mit dem sie Geld verdienen, und das tut Wissenschaft nicht gut – und es ist zum anderen ein großes soziales Problem. Es gibt mehr Punkte, die in diesem Zusammenhang aufzuführen wären.

Ich weiß, Sie sind Politiker, ich bin es nicht. Ich kann also etwas deutlicher formulieren: Wir müssen an Europa denken, und es gibt in Europa Wissenschaftskonzepte, die besser sind als die in der Bundesrepublik. Und daran sollten wir denken, 1993 steht Europa vor der Tür.

Dr. M. Middell:

Wieso soll sich die Binnenstrukturentwicklung in den Hochschulen vollziehen? Was passiert innerhalb der einzelnen Hochschulen, nachdem über eine Landesstruktur nachgedacht ist? Der Staatsskretär hat ja bereits die Rolle der Hochschulkommission erwähnt. Dann haben wir Strukturkommissionen, Gründungskommissionen für die abgewickelten Einrichtungen. Was passiert mit den nichtabgewickelten, nicht neu zu gründenden Einrichtungen? Ich glaube, das ist ein ganzer Fragenkomplex.

Prof. G. Wartenberg:

Ich denke, man muß hier auf verschiedenen Ebenen arbeiten. Die eine Ebene ist bereits genannt worden, das ist die Arbeit der Personal- und Fachkommissionen. Auch hier, das würde ich sehr unterstreichen, müssen die Dinge sehr beschleunigt werden. Das liegt aber nicht nur an den Universitäten und den Kommissionen selbst. Das liegt natürlich auch an den Entscheidungsprozessen in der Hochschulkommission, der Landespersonalkommission und im Ministerium, wo die entsprechenden Bestätigungen erfolgen müssen. Daß wir dann durch diese Arbeit faktisch einen Pool von Mitarbeitern haben, die die fachliche Kompetenz haben und auch die persönliche Integrität.

Auf der anderen Seite haben wir den Strukturplan für die gesamte Universität, wobei, wie die Dinge jetzt aussehen, in den Strukturkonzepten der Landesregierung das nicht nach Fächern geordnet ist, sondern

nach bestimmten Bereichen, also etwa die Geistes- und Sozialwissenschaften, die Erziehungswissenschaften usw. Nach erster Kenntnisnahme haben die Juristen, die Wirtschaftswissenschaften jeweils eine größere Zahl an Stellen bekommen. Wir müssen also parallel zur Arbeit der Fachkommissionen die innere Struktur in diesen größeren Bereichen herstellen. Das müssen wiederum Strukturkommissionen (in den „nicht-abgewickelten“ Bereichen) machen, die dann in einem sehr intensiven Gespräch das aufnehmen, was in den Bereichen bereits vorbereitet ist. Es gibt sehr viele Fachbereiche und Fakultäten, die für ihre Binnenstruktur schon sehr wichtige Vorüberlegungen angestellt haben. Die müssen jetzt eingebracht werden.

Wenn wir dann durch diese Strukturkommissionen das Binnenkonzept haben, wird es Vorgaben insgesamt geben, wo die Schwerpunkte der Universität liegen, wo die Universität auch ihr Profil sehen wird. Dann wiederum wird es eine Kommission geben, die aus den positiven Gutachten den Übergang, die Überführung in den Stellenplan vornimmt.

Es sind also praktisch drei Ebenen, auf denen wir uns in den nächsten Monaten zu bewegen haben.

Dr. M. Middell:

Welches wäre die Rolle des Mittelbaus in diesem Prozeß? Sicher hat der akademische Mittelbau im Zuge der Auseinandersetzung mit einem stark delegitimierten Wissenschaftssystem durch den gesellschaft-

lichen Wandel 1989 eine wichtige Rolle gespielt, eine entscheidene Rolle, um Prozesse zu dynamisieren. Sind sie mit der Rolle, die der Mittelbau heute spielt, zufrieden? Und steckt in diesen Auseinandersetzungen um die Strukturierung der Hochschulen auch faktisch ein unterschiedliches Wissenschaftsverständnis von Generationen, oder sehen sie da eher den Unterschied zwischen Statusgruppen?

Dr. W. Naumann:

Ich denke, Unterschiede werden auch innerhalb der Statusgruppe des akademischen Mittelbaus mit seiner Altersstrukturierung unterschiedlich deutlich. Der akademische Mittelbau ist nicht homogen strukturiert und steht nicht homogen einer Professoren-schaft gegenüber, die auch nicht homogen ist.

Ich gebe mich eigentlich keiner Illusion hin: Die großen Aktivitäten, die zweifelsohne vom akademischen Mittelbau in bestimmten Phasen ausgegangen sind, werden nach dem Strukturgesetz und nachdem wir die Personalstruktur haben, sehr stark zurückgehen. Das glaube ich, weil bestimmte Forderungen, die der akademische Mittelbau hat, doch nur so weit reichen, wie man den Arm ausstrecken kann. Ich hatte es schon einmal angedeutet, man strebt auch im akademischen Mittelbau, eine Berufung an und seinen Platz an einer Hochschule zu sichern und dort seinen Aufgaben nachzugehen. Es gibt einen anderen Teil von sehr viel jüngeren Kollegen, die ihre Chance hier oder auch in anderen Bundesländern oder aber im Ausland wahrnehmen, dort versu-

chen, Wissenschaft unter ganz anderen Bedingungen, in einem ganz anderen Rahmen zu betreiben. Die Personengruppe des Mittelbaus, die versucht, bestimmte Strukturfragen voranzutreiben, auch inhaltliche Konzepte zu bestimmten Fachgebieten vorzulegen, diese Personengruppe wird doch sehr klein werden, nur wenige werden sich in nächster Zukunft ganz aktiv am Geschehen beteiligen.

Dr. M. Middell:

Ein sicher sehr umstrittenes Problem ist, zum Teil etwas salopp formuliert mit dem Begriff des „Ossi-Bonus“, wie weit in den neuen Strukturen für ostdeutsche Wissenschaftler praktisch Plätze reserviert werden sollen.

Prof. Berg:

Es wird eine Übergangsphase geben, müssen um auch älteren Wissenschaftlern die Chance zu lassen, sozusagen die Ergebnisse ihres bisherigen Berufslebens noch unter die Leute zu bringen, die bei einer Berufung einfach aus Gründen der Konkurrenz mit jüngeren Kräften aus den neuen Bundesländern einen Nachteil hätten, der, wenn man gewöhnliche Maßstäbe anlegt, die bei Berufungsverfahren eine Rolle spielen, sich zu ihrem Nachteil ausschlagen würden. Es gab einmal eine Diskussion, man sollte generell alle Stellen ausschreiben. Dann wäre eine Gruppe von Hochschullehrern zu einem sehr großen Teil auf der Strecke geblieben, einfach aus Altersgründen. 10 Jahre hätten sie dann in ihrer beruflichen

Tätigkeit nicht mehr aktiv sein können, ohne daß das etwas zum Ausdruck bringt über ihre wissenschaftliche Qualität.

„Wenn man plötzlich alles neu beruft, vielleicht auf Lebenszeit, gäbe es eine neue Verfestigung.“
(Prof. Berg, DHV)

Man sollte den Weg des Bonus für bestimmte Stellen gehen, vielleicht sogar mit einer gewissen Befristung, das würde ich für ein diskutables Modell halten. Daran knüpft sich eine weitere Überlegung: Wenn man plötzlich alle Stellen ausschreiben würde und neu berufen, dann vielleicht auf Lebenszeit, dann hätten wir mit einem Schlag für längere Zeit wenig Bewegung. Es gäbe dann eine neue Verfestigung, die wir eigentlich gar nicht wollen. Wir wollen ja eine allmähliche Durchmischung auch von Kollegen mit unterschiedlichen Erfahrungen in Westdeutschland, in Ostdeutschland mit unterschiedlicher wissenschaftlicher Geschichte, die sich gegenseitig befruchten könnten. Und nicht nur mit Blick auf soziale Aspekte, sondern auch aus diesen Gründen der Beförderung von Wissenschaft halte ich eine solche Übergangszeit für nötig.

Prof. Kriesel:

Die Frage verliert etwas an Brisanz da-

durch, daß Herr Dr. Rösler nicht mehr da ist. Er hat ja in der Vergangenheit gerade diesen Standpunkt vertreten, alle abzurufen. Mir scheint, man sollte das differenziert sehen.

Es gibt Bereiche innerhalb des Hochschulwesens der neuen Bundesländer, in denen muß man sehr konsequent nach diesem Grundsatz verfahren. Das wird sich einfach aus fachlichen Gründen und politischen Gründen nicht anders machen lassen. Es gibt aber auch Bereiche, wo das gar nicht notwendig ist.

Und wir sollten auch eines nicht vergessen. Wir haben Marktwirtschaft, wir haben aber nicht schlechterdings Marktwirtschaft, sondern wir haben soziale Marktwirtschaft. Aber manche gebärden sich heute in der Tat so, auch besonders im Industriebereich, als hätten wir Manchester-Kapitalismus. Es war kürzlich jemand sehr flott mit seinen Sprüchen da, welche Erfahrungen er hätte bei der Entlassung von Leuten, nannte die Zahl, daß er zum Jahresende 1000 Leute entließe, und er hätte da doch Erfahrung, und er könnte uns schon sagen, wie das zu tun wäre. Ich hätte mir gewünscht, er hätte berichtet, wie er 1000 Arbeitsplätze geschaffen und gesichert hätte.

Man muß hier auch einmal eine Vernunftselle anlegen. Dafür setzt sich der Verband Hochschule und Wissenschaft schon ein.

Dr. Förster:

Es geht sicher darum, bei neu zu gründenden Bereichen Leitungsstellen öffentlich

auszuschreiben. Aber es geht auch darum, nach einer fachlichen Evaluierung, die unter fachlichen und persönlichen Gesichtspunkten erfolgt, dann dem positiv evaluierten Personal den Bonus zu geben bei der Stellenausschreibung, damit hier auch wirklich Chancengleichheit gewahrt werden kann. Wichtig scheint uns aber auch bei der Durchmischung des wissenschaftlichen Personals, daß von politischer Seite Weichen gestellt werden müßten, um wirklich Chancen für ostdeutsche Wissenschaftler zu schaffen, die sich auf dem altbundesdeutschem Terrain bewegen wollen, an andere Hochschulen wollen.

Die Erfahrungen, die es bislang gibt, besagen, daß es doch viele Kollegen versuchen sich zu bewerben. Fachlich auch gute Leute, aber die Chancen, eine Berufung zu bekommen an altbundesdeutschen Einrichtungen ist doch sehr gering. Hier spielen natürlich auch Interna eine Rolle, es spielt eine Rolle, daß man in einer bestimmten Wissenschaftslandschaft aufgewachsen ist, daß man natürlich bei solchen Berufungen Leute nimmt, die man länger kennt, über deren wissenschaftlichen Werdegang man besser Bescheid weiß. Das sind alles Dinge, die eine Rolle spielen. Man muß aber auch politisch Weichen stellen, um Möglichkeiten dieser Durchmischung zu schaffen. Im Moment scheint das nicht so.

Was uns wichtig ist, daß bei den anstehenden notwendigen Entlassungen, aus Neustrukturierungsgründen viel stärker beachtet wird, daß man für Leute, die Umschulungen wahrnehmen wollen, hochschulspezifische Umschulungs- und Qualifizierungsprogramme schafft und da-

mit auch die soziale Absicherung ein wenig in diese Richtung lenkt und nicht zuläßt, daß Leute, die wirklich fachlich kompetent sind, die wissenschaftlich für uns ein Potential darstellen, irgendwie abdriften in Bereiche, die mit Wissenschaft nichts mehr zu tun haben. So können wir mit unserem wissenschaftlichen Potential nicht umgehen. Das wird uns in spätestens vier, fünf Jahren auf die Füße fallen, denn es ist kein Geheimnis, daß in fünf Jahren an den Hochschulen ein Generationswechsel der Professorenschaft anstehen wird.

Wir müßten schon irgendwie versuchen, ein Konzept zu bauen, daß es wissenschaftlich kreativen Leuten, die auch weiterhin daran interessiert sind, in der Wissenschaft zu bleiben, Übergangsmöglichkeiten schaffen.

Prof. G. Wartenberg:

Ich würde das ganze Problem auch sehr gern entlasten wollen von politischen Argumenten, denn dahinter steht natürlich eine allgemeine Degradierung des Hochschulwesens in den fünf neuen Bundesländern. Wir haben in den Geisteswissenschaften die ersten zwei, drei Fälle der Berufung in die alten Bundesländer in Aussicht. Hier stehen wir wiederum vor dem Problem, daß es eigentlich die Kollegen betrifft, die wir für den Neuaufbau brauchen. Wir sind nicht so sehr daran interessiert, den politischen Weg zu öffnen, damit jetzt im Moment hier eine Mobilität entsteht. Dann müssen wir, was uns im Hochschulrenewalprogramm gegeben ist, das Instrumentarium der Bleibeverhandlungen einführen.

Aber ich denke, wir sollten gerade auch von Seiten der Universitätsleitung hier ganz besonders darauf achten, daß es weniger ein Bonus ist, sondern vielmehr ein Stück des Selbstbewußtseins. Gerade Evaluierungen in bestimmten Bereichen haben gezeigt, daß wir durchaus mithalten können und daß wir das ganz einfach auch beanspruchen. Dieser Ostbonus ist kein Almosen, sondern eine Notwendigkeit, die sich aus der bisherigen Tätigkeit unserer Kolleginnen und Kollegen ergibt. Und ich persönlich würde bei allen Besetzungen, wo ich mitzuwirken habe, in jedem Falle, wo es vertretbar ist, für einen Bewerber aus den neuen Bundesländern entscheiden. Das ist ganz wichtig.

Wir können auch eine Universität nicht voll neu gestalten, und auch wir können nicht neu aufbauen, wenn wir sie völlig abkoppeln von dem, was bei uns gewesen ist. Wir würden in verschiedenen Fächern einfach sträflichst handeln, ich denke z.B. an Soziologie oder Geschichtswissenschaft, wenn wir hier alles Leute aus den alten Bundesländern holen. Dann würde hier in den meisten Fächern so etwas wie eine sterile Wissenschaft entstehen, die gar nicht in der Lage ist, das aufzunehmen, was um uns da ist.

Prof. Fröhlich:

Das ist völlig klar. Das war der Grund, warum sich die FDP bei der Verabschiedung des Hochschulerneuerungsgesetzes im Landtag der Stimme enthalten hat. Nämlich aus folgendem Grunde: Wir stim-

men natürlich voll der notwendigen politischen Überprüfung zu, ich nenne nur die Stasi-Problematik. Das ist für uns eine völlig klare Sache gewesen. Wir haben auch zugestimmt der fachlich-moralischen Überprüfung. Das ist natürlich ohnehin ein zweischneidiges Schwert. Nehmen wir mal an, es ist alles so ordnungsgemäß gelaufen. Dann waren wir der Meinung, daß die Professoren, die ohne Beanstandung die Überprüfungen durchlaufen haben, auf ihren eigenen Lehrstühlen sitzen bleiben, ohne weiteres, daß das alles übernommen wird, mit der einen Ausnahme, daß die Lehrstühle nicht mehr vertretbar sind. Aber man sollte diesen Leuten ein Vorkaufsrecht einräumen. Das ist im Landtag nicht durchgekommen. Das ist nicht von Minister Meyer in Gang gesetzt worden, sondern von einigen Leuten der CDU-Fraktion. Schade, daß Herr Rösler nicht mehr da ist. Wir sind aber trotzdem der Meinung, als konstruktive Opposition, daß man den Schaden aus dieser Entscheidung, das Chaos, das möglicherweise hier und da entstanden ist, verhindern sollte.

Deshalb meinen wir, daß man doch wieder zu unserer alten Auffassung zurückkehren sollten, daß, wenn alles gut gelaufen ist für die Kollegen und ihre Bereitschaft besteht, auf ihrem alten Lehrstuhl zu bleiben, daß wir sie dann sofort übernehmen. Keine Neubewerbung, denn das ist eine Beleidigung für diejenigen Leute in unserem Lande, die gut gearbeitet haben. Andererseits natürlich, wenn Lehrstühle freigeworden sind, und dann Berufungsvorschläge da sind, sehe ich natürlich nicht ein, warum sie vom Ministerium nicht aufgegriffen werden.

Prof. P. Porsch:

Hier besteht eigentlich große Einigkeit, was ich sehr gut finde. Wer mich kennt, weiß, daß ich zu DDR-Zeiten immer davor gewarnt habe vor der schleichenden und dann galoppierenden Entpluralisierung, die durch Abschottung und Absperrung natürlich entstehen mußte. So dramatisch sind die Dinge nicht geworden. Sie wären dramatisch geworden in den nächsten 10 und 15 Jahren. Denn in der Konfrontation zeigt sich mehr und mehr, vor allem jetzt, wo die Leute wieder mehr Selbstvertrauen gewinnen, mehr Vergleiche haben, daß man den Vergleich und die Konfrontation nicht zu scheuen braucht. Es gibt Bereiche, da werden wir ohne Westimport nicht auskommen können. Das hängt einfach mit den Gegenständen zusammen, wo es Lücken gab in ihrer Behandlung.

Ich glaube, dort wo Dinge einfach frei werden, Berufungen also, die nicht unter dem Aspekt der Hochschulerneuerung stattfinden, sondern ganz normal freiwerdende Lehrstühle, die neu zu belegen sind, sollten genau die Praktiken gehandhabt werden, wie sie in allen anderen deutschen Ländern auch üblich sind. Wobei es eine gesamtdeutsche Erscheinung sein sollte, zumindest in bestimmten Fällen eine Internationalisierung vorzunehmen. Da braucht man auch keinen Bonus. Ansonsten läßt sich natürlich feststellen, daß unterschiedliche Einflüsse und Traditionen ihre Spuren hinterlassen. Oft sind es Sprachunterschiede. Oft muß man feststellen, daß das, was als besser angesehen wird, nur andere Sprachregelungen sind. Es sind bestimmte Art und Weisen, sich zu artikulieren. Ich

weiß, wovon ich spreche, weil ich es selbst einmal erfahren habe, als ich von außen hierher kam. Da sollte man schon sehr genau aufpassen und sehr genau auf die Qualifikation sehen.

Ich sehe keinen Grund, generell aufzulösen und neu auszuschreiben und zu denken, wir hätten keine guten Leute. Das halte ich einfach für nicht gerechtfertigt. Die Instrumente, die wir haben, dürften bei weitem ausreichen. Und was dort nicht durchgefallen ist, kann man guten Gewissens im Normalfall akzeptieren.

Dr. Förster:

Ich staune nun doch etwas über diese Diskussion. Weil hier Hoffnungen gehegt werden, die so im Hochschulerneuerungsgesetz nicht drinstehen. Man kann das nun politisch werten wie man will, aber Dr. Rösler hat mit dem Hochschulerneuerungsgesetz den Sieg davongetragen über die Staatsregierung. Alle seine Vorstellungen sind hineingelangt. Und danach also wird es eine Übernahme auch evaluierter Professoren durch die Personal- und Fachkommissionen nicht geben. So eindeutig ist das. Alles andere sind Wunschträume. Und es gibt keine anderen Möglichkeiten nach dem Hochschulerneuerungsgesetz. Sie wissen, wie meine Fraktion dagegen angekämpft hat.

Es gibt also die mit der Wahrnehmung eines Professorenamtes nach neuem Recht kommissarisch Beauftragten. Sie kennen sicherlich so ein Schreiben mit allen diesen Einschränkungen. Dann gibt es im Prinzip

die über das verkürzte Berufungsverfahren zu berufenden Professoren. Das ist das einzige, was machbar ist, dort gibt es eine Verordnungsermächtigung für den Staatsminister. Diese Verordnung gibt es noch nicht. In dieser Verordnung könnte evtl. der Bonus für sächsische Professoren drinstehen. Diese Bonusdiskussion, die einmal von Biedenkopf eingebracht worden ist, hat sich im Gesetz nicht niedergeschlagen. Das war auch nicht so beabsichtigt. Da kann man natürlich darüber diskutieren, ob manches erhaltenswert ist oder nicht.

Ich bin schon der Meinung, daß auch in der Zusammensetzung der Professorenschaft etwas entscheidendes sich verändern muß, wenn unsere Universitäten hier an Attraktivität gewinnen wollen. Ich weiß nicht, wie es in Leipzig war, aber in Chemnitz waren die Professoren, die nicht in der Partei waren, also in der SED, namentlich bekannt und an den Händen spielend abzuzählen.

Zu der ganzen Problematik der inneren Strukturierung. Da glaube ich, auch hier muß man sehen, wie momentan die rechtliche Situation ist. Das Hochschulstrukturgesetz wird also in der Weise, wie Sie das gesagt haben, Herr Prorektor, die Strukturen festschreiben, also die Standorte der Universitäten, die Namen, die Sitze, die Fachrichtungen und Fakultäten und die Zahl der Professoren evtl., evtl. auch nicht, sowie die Zahl der wissenschaftlichen Mitarbeiter für die einzelnen Fachbereiche und die nichtwissenschaftlichen Mitarbeiter. Das letzte ist noch im Streit. Auf jeden Fall wird es festgeschrieben werden mit dem Staatshaushalt 1992. Alle weiteren Detailierungen werden also den Universitäten und Fach-

hochschulen überlassen bleiben, wie sie beispielsweise im Bereich der Erziehungswissenschaften ihre Stellen aufteilen. Sie werden dazu sicherlich dem Minister entsprechende Vorschläge machen, die er dann bestätigt.

Prof. P. Porsch:

Zunächst muß ich das bestätigen, was Kollege Förster gesagt hat. Ich stehe auch dazu, daß die Fachkommissionen ein Instrument sind in der personellen Erneuerung. Wie es zum Teil in der Durchführung aussieht, ist eine ganze andere Seite. Wenn ich also Richtlinien lese, die aus dem Ministerium kommen, wo sich sogar Formulierungen finden, daß Engagement für die demokratische Erneuerung ein Kriterium sein soll, da wird mir dann schon etwas mulmig. Darum habe ich vorhin auch Staatsferne gefordert. Ich stelle mir vor, daß eine Frage, die irgendwo auf den politischen Habitus der einzelnen zielt, im Hochschulwesen endlich keine Rolle mehr spielen sollte. Was ja nicht so zu interpretieren ist, daß ich jeden Schweinehund einstellen würde. Das ist eine ganz andere Frage. Aber ich kann mit solchen Formulierungen nicht viel anfangen. Die sind mir zu schwammig und die klingen mir zu stark nach „gesellschaftliche Tätigkeit“. In der Formulierung, in der Vagheit der Formulierung ist es kaum etwas anderes. Daß die Inhalte diametral entgegengesetzt sind, ist mir schon klar.

Prof. Berg:

Wer sich 1989/90 eingesetzt hat, das sollte

man schon berücksichtigen, auch, wer sich dagegengestellt hat. Das waren revolutionäre Umwälzungen, man sollte nicht so tun, als sei man so erhaben, daß man das nicht zur Kenntnis nehmen sollte.

Dr. M. Middell:

Ich möchte zu einem nächsten Schwerpunkt, auch von revolutionärem Ausmaß, da werden Sie mit mir einer Meinung sein, kommen. Nämlich zum Verhältnis von universitärer und außeruniversitärer Forschung. Das hat ja auch in der ersten Landtagsdiskussion zum Strukturkonzept, das Herr Meyer im Oktober vorgestellt hat, eine Rolle gespielt. Wir haben im Raum Sachsen einen erheblichen Teil der Institute der Akademie der Wissenschaften. Wie soll die Integration einzelner Mitarbeiter bzw. ganzer Forschungsgruppen der ehemaligen Akademieinstitute vor sich gehen, die drängend vor der Tür stehen, wenn ich an die Termine, die sich aus der Abwicklung der Akademie ergeben, denke? Wie soll der Umgang mit Kommissionen wie der für die Erforschung des sozialen und politischen Wandels in den neuen Bundesländern, den geisteswissenschaftlichen Zentren und anderen interdisziplinären Strukturen geregelt werden? Ich glaube, hier ist auch der Gestaltungswille der Politiker gefragt, wenn es darum geht, etwas Neues einzurichten, um nicht nur einen Zerstörungsprozeß sozial abzufedern.

Dr. Förster:

Wir haben in einer großen Stunde der

Einmütigkeit oder Einsicht im Parlament erreicht, einen Entschließungsantrag durchzubringen, der die Staatsregierung verpflichtet hat, bis zum 30.9. ein Strukturkonzept über die außeruniversitäre Forschung vorzulegen, Sozialpläne auf einem hohem Niveau auszuarbeiten, zur Beschlußfassung für den Landtag Qualifizierungspläne vorzulegen. Fakt ist, daß die Staatsregierung trotz heftiger Attacken durch die Opposition bis jetzt dieses Konzept nicht vorgelegt hat. Und es auch nicht mehr zu erwarten ist. Es wird keine Sozialpläne geben, obwohl es dazu einen Beschluß des Landtages gibt. Wir haben diesbezüglich zumindest jetzt noch einmal einen Anlauf unternommen, parlamentarisch, um in der Dezemberberatung dieses Problem noch einmal aufzunehmen. Wobei die Staatsregierung jetzt sehr viel Zeit hat, während an dem Termin 31.12.1991 keinerlei Abstriche gemacht werden. Wenn also die Staatsregierung nicht in der Lage ist, Konzepte kurzfristig zu erstellen, dann muß man doch zumindest einen Terminaufschub erreichen. Das wäre das mindeste. Das ist das eine Problem, das noch aussteht.

Das nächste Problem ist, daß die Bundesregierung den Empfehlungen des Wissenschaftsrates bei der außeruniversitären Forschung teilweise nicht gefolgt ist. Und zwar aus dem einfachen Grund, daß die Bundesregierung wesentlich weniger Geld eingeplant hat nach dem Motto: was im Osten ist, ist eh kaputt und ist nichts wert.

Man hat nach der Evaluierung festgestellt, daß da wesentlich mehr gut ist. Und dafür war das Geld nicht da. Aus dem Grund

zeichnet sich jetzt die außeruniversitäre Forschungslandschaft aus den Akademie-Instituten dadurch aus, daß wir im Vergleich zu den alten Bundesländern das Nachsehen haben in der Bundesfinanzierung. Wir haben Forschungsinstitute, die ausschließlich vom Bund finanziert werden, überhaupt nicht. Das Großforschungszentrum Rossendorf ist abgelehnt worden. Die Reaktorfinanzierung ist abgelehnt worden. Fraunhofergesellschaften sind einige da, aber im wesentlichen liegt das Schwergewicht auf Forschungseinrichtungen der Blauen Liste, wo der Bund 50 % finanziert und das Land 50 %. Ganz traurig sieht es aus mit den Forschungseinrichtungen, die außerhalb der Akademie waren. Bei den Akademieinstituten wird es so aussehen, daß etwa 50 % der Mitarbeiter ihren Arbeitsplatz verlieren. Und nur Bruchteile werden mit dem anvisierten Zweijahresprogramm an die Universitäten angegliedert. Wenn diese Frist nicht auf fünf Jahre verlängert wird, sind die Konflikte schon vorprogrammiert, weil diese Leute nach zwei Jahren eingegliedert werden müssen in die Universitäten und damit natürlich Konkurrenten für jene sind, die jetzt schon an den Universitäten da sind. Deshalb wäre es richtig, zumindest die Laufzeit länger zu gestalten.

Noch schlimmer sieht es mit der Industrieforschung aus. Hier ist in hohem Maße ein Kahlschlag erfolgt. Viele Institute sind vollkommen auf Null gefahren worden, viele auf einen ganz geringen Bestand. Wenn ich sehe, was aus dem großen Forschungszentrum des Werkzeugmaschinenbaus geworden ist, das ja einen weltweiten Ruf gehabt hat, dann kommen einmal wirklich

die Tränen. Das ist aber nicht das einzige in Sachsen, was kaputtgegangen ist.

Dr. M. Middell:

Sind die Universitäten, die sich in einem Übergangszustand befinden, schon in der Lage, effektiv auf den Wunsch zu reagieren, der an sie herangetragen worden ist, hier Kapazitäten aufzunehmen?

Prof. G. Wartenberg:

Ich kann das nur unterstreichen, was Herr Förster gesagt hat. Der Zustand ist unbefriedigend, weil einfach übersehen wird, daß sich im Grunde genommen die Dinge mit der Zweijahresübernahme an die Universitäten nur verschärfen. Von daher muß sich die Universität sehr genau überlegen, wieweit sie hier die Hand gleichsam ausstreckt, um Institute anlanden zu lassen. Es müßte also, auch das kann ich nur unterstreichen, ein längerer Zeitraum für eine Finanzierung von außen vorgesehen werden, und es müßte durchaus auch daran gedacht werden, daß Institute als Aninstitute für bestimmte Aufgaben mit der Universität verbunden, existieren werden.

Ich halte in den Geisteswissenschaften die Überlegungen der interdisziplinären Zentren für eine sehr sinnvolle Sache. Ich persönlich kann es nicht ganz nachvollziehen, daß von westdeutschen Universitäten hier gebremst wird, denn dort ist die Sorge artikuliert worden, daß Forschung außerhalb der Universitäten angesiedelt wird und daß damit die Universitäten zu Lehrinstitutionen

degradiert werden. Natürlich könnte sich eine solche Entwicklung abzeichnen, die man genau beobachten muß. Aber im Moment gibt es nur eine Lösung, wenn die Stellen, die dafür zur Verfügung stehen, nicht aus dem Landeshaushalt kommen.

Wir haben gerade hier in Leipzig besonders naturwissenschaftliche Institute, die vor der Tür stehen, teilweise auch mit Forschungsinhalten, die an der Universität auch präsent sind. In diesem Fall gibt es noch einmal eine Verschärfung des Problems, während wir ein geisteswissenschaftliches Institut für Osteuropaforschung gern aufnehmen würden, wenn uns die Stellen zur Verfügung gestellt werden, weil das unseren ganzen Profilüberlegungen sehr entgegenkommt. Hier muß ganz einfach von der Bundesregierung aus noch etwas getan werden, um auch diese Potenzen, die da sind, nicht einfach verkümmern zu lassen.

Dr. M. Middell:

Wo steht der Mittelbau bei diesen Übergangsprozessen? Die Neuordnung des Verhältnisses von universitärer und außeruniversitärer Forschung beinhaltet ja auch das Problem der Unterschiedlichkeit des Ordinariatsprinzips im universitären Bereich und der Organisationsformen in der außeruniversitären Forschung, die viel stärker egalitär strukturiert ist, soweit sie vor allem Wissenschaftlerstellen kennt.

Dr. W. Naumann:

Ich würde den Ausführungen von Dr. Förster und Prof. Wartenberg weitgehend folgen, eines der gravierendsten Probleme unserer Akademie-Institute liegt in den sozialen Problemen, die sich aus der aktuellen Situation ergeben. Was soll aus diesem wissenschaftlichen Potential werden? Es ist eigentlich die Frage nach den Inhalten: wie wollen wir Forschung in den hier angesiedelten Richtungen betreiben und welche Strukturen sollen dafür gefunden werden? In einem Max-Planck-Institut sind die Aufgabenstellungen und die Anliegen ganz anders als sie bei uns in den Akademieinstituten gewesen sind. Was will man eigentlich mit außeruniversitärer Forschung bei uns? Und eine einfache Anbindung an die Max-Planck- oder Fraunhofer-Gesellschaft ist natürlich nur ein Teilerfolg. Damit bringen wir das Potential nicht unter. Es gibt natürliche Aversionen der Universitätsangehörigen gegen die Leute aus den Akademieinstituten. Dort gibt es Reibereien, weil man sich im Stellenpotential als Konkurrent betrachtet. Das verschärft die Situation.

Ich glaube, man sollte sich sehr eingehend über die inhaltlichen Konzepte unterhalten. Die Befürchtungen, die von Herrn Prof. Wartenberg schon artikuliert worden sind, werden durch Erfahrungen in Österreich unterstützt, wo außeruniversitäre Forschung so stark geworden ist, daß sie einem Abzug für das Forschungspotential an den Universitäten gleichkommt. Deshalb muß ein Konzept auf den Tisch, das beschreibt, was in außeruniversitärer Forschung in Sachsen geleistet werden soll.

Wenn man die Empfehlungen des Wissenschaftsrates zur Akademie sieht, dann fällt auf, daß die Vorschläge, wo diese Wissenschaftler neu eingegliedert werden sollen, einen wesentlichen Bereich eigentlich vergessen haben. Es handelt sich bei diesen Vorschlägen, von den Hochschulen angefangen über die Max-Planck-Institute, Fraunhofer-Gesellschaft, Institute der Blauen Liste usw., um Einrichtungen, die von Bund oder Ländern finanziert werden.

Die Forschungslandschaft der Bundesrepublik sieht aber doch ganz anders aus. Wir haben dort neben den Hochschulen und diesen Einrichtungen einen beträchtlichen Teil Forschung in der Großindustrie und sogar in den darunterliegenden Industriebereichen. Die DDR-Forschung in der Industrie war gerade aber dadurch gekennzeichnet, daß Grundlagenforschung in diesem Bereich überhaupt nicht in Frage kam, es gab gerade ein Vakuum an dieser Stelle. D. h. also, wenn wir Bilanzen machen, und rechnen nur diese Wissenschaftler zusammen, die in den staatlich unterhaltenen Einrichtungen sitzen, vergessen wir den Riesenanteil in der Bundesrepublik, den etwa Daimler Benz oder Siemens und IBM und andere Großforschungseinrichtungen haben, die auch im Grundlagenbereich tätig sind, man erinnere sich an die letzten Nobelpreisrunden. D. h., die Richtung, in die der Wissenschaftsrat empfiehlt, dieses Potential umzulenken, ist eigentlich falsch. Es müßte eigentlich in die Industrie umgelenkt werden.

Nun ist aber das Elend, daß wir ein Potential von ca. 80 000 Leuten in der Forschung und Entwicklung der Industrie hatten, während es heute noch 20 000 sind. Hier spiegelt sich die falsche Strategie der Treuhand wider. Wir brauchen hier im Osten - und das ist die eigentliche Forderung - eigenständige Unternehmen, denn nur diese siedeln Entwicklung und Forschung im entsprechenden Maße an. Wenn wir uns den Grenzfall vorstellen, man würde alle ehemaligen DDR-Betriebe an bundesdeutsche Unternehmen verkaufen, hätten wir hier nur Filialen. Und die Filialen betreiben eben keine Forschung und Entwicklung im großen Maße. Das ist der Krebschaden. Wir müssen dafür sorgen, daß die Wirtschaftsstruktur hier im Osten eine ähnliche wird wie im Westen. Dazu muß es eigenständige Unternehmen geben. Natürlich kann es auch Tochterunternehmen geben, aber bitte proportioniert. Denn das westdeutsche Wirtschaftswunder wäre nicht entstanden, wenn alle bundesdeutschen Unternehmen etwa Töchter amerikanischer Firmen gewesen wären. Da müssen wir etwas tun und die Stimme erheben, auch als Wissenschaftler. Hier ist schon vieles verloren, aber noch nicht alles. Denn die Treuhand hat ja noch viele Betriebe, sie hat ja noch mehr, als sie bisher verkauft hat. Aber man muß versuchen, hier noch einmal die Politiker wachzurütteln, daß sie diese Art und Weise, wie die Treuhand ihren Auftrag versteht, nicht die richtige ist. Eigentlich müßten die Wirtschaftsminister der Länder sagen, was aus den vorhandenen Betrieben wird. Aber diese werden dabei gar nicht gefragt, sie sind gar nicht in den Entscheidungsprozeß integriert, das macht ja die Treuhand.

Ich bin Ihnen dankbar, daß Sie praktisch schon ein wenig den Blick auf unsere Schlußfrage gewendet haben. Wie stellen Sie sich die Wissenschaftslandschaft des Freistaates Sachsen im Jahre 2020 vor?

Da gibt es zwei Versionen. Die eine ist die Horrorvision, daß die Studentenzahlen so weit zurückgehen, wie es sich jetzt abzeichnet, daß die Ausreise und das Auswandern der jungen Leute weiter so abläuft wie es jetzt abläuft, daß Sachsen im Jahre 2020 kaum noch Universitäten braucht. Die zweite ist, daß es wirklich dazu kommt, - und ich wünsche mir das sehr, und wir werden uns auch dafür einsetzen -, daß tatsächlich Sachsen in der Lage ist, auf Grund seiner Standortvorteile zu einer modernen Industrieregion in Deutschland und Europa zu werden. Diese Chancen sind trotz aller Erschwernisse, die jetzt da sind, noch vorhanden.

Das bedeutet allerdings, daß sich die Politik ändern muß, auch die Wirtschaftspolitik. Die Regierung ist hier gefragt, Zeichen zu setzen in der Strukturpolitik, in der Industriepolitik, denn sonst tritt genau das ein, wovon hier die Rede war: Daß die Forschung nicht benötigt wird in der Industrie und damit auch keine Forscher mehr ausgebildet werden. Ich gehe davon aus, daß das nicht passieren wird, daß diese Entwicklung gestoppt und umgewendet werden kann. Ich gehe davon aus, daß Sachsen auch im Jahr 2020 zumindest über vier Universitäten verfügen wird.

Ich stelle mir vor, daß dann auch alle unsere Fachhochschulen Universitätscharakter haben, daß wir wieder eine einheitliche Ausbildung haben werden, die allen Studenten und allen Absolventen die gleichen Chancen eröffnen. Ich stelle mir vor, daß es zu einer radikalen Änderung der Strukturen der Hochschulen auch in den alten Bundesländern kommt. Denn eines steht fest, wenn sich dort nicht generell etwas ändert, ist Hochschulpolitik in absehbarer Zeit nicht mehr bezahlbar. Es hat sich in den alten Bundesländern gezeigt, - das sagt jeder Wissenschaftsminister, ganz gleich ob es sich um ein SPD-regiertes Land oder ein CDU-regiertes handelt -, daß dort zwar in den letzten 10 Jahren die Investitionen, die Mittel für Haushalt und Lehrkräfte um das Doppelte gestiegen sind, die Effektivität des Hochschulwesens aber, gemessen an der Zahl der Absolventen pro Mitarbeiter, nicht zu-, sondern abgenommen hat. An den Universitäten wohlgemerkt, nicht bei den Fachhochschulen.

Diese Entwicklung ist so nicht fortzusetzen, weil dadurch letztendlich 50 bis 60% des Staatshaushaltes für die Hochschulpolitik des einzelnen Landes einzusetzen wäre, und das ist nicht machbar. Das wäre auch nicht zu verantworten gegenüber den anderen 50% der Jugend, die nicht studieren.

Ich stelle mir im Jahre 2020 die Hochschulen endlich als einen Ort vor, der wirklich frei von der pragmatischen Aufwand-Nutzen-Rechnung, wie wir sie heute auch betreiben müßten, ist. Freiräume schafft für

kreative Lehre, für innovative Forschung, die sicher gebraucht wird, um, wenn wir auf das Jahr 2020 blicken, die gravierenden Probleme, die es ja auf allen Gebieten gibt, überhaupt noch lösen zu können. Es setzt für mich Staatsferne und Politikferne von Forschung und Lehre an der Universität voraus, frei von solchen Zwängen und frei von finanziellen Zwängen kreativ sein zu können.

Ich stelle mir natürlich als Frau auch vor, daß etwas revolutionäres und revolutionierendes für die deutsche Hochschul- und Forschungslandschaft passiert, indem im wissenschaftlichen Bereich, v. a. im Leitungsbereich, unter der Professorenschaft, mehr als die jetzt im Durchschnitt vorhandenen 5–6 % Professorinnen in der Hochschulpolitik und in der Trendfestlegung für Forschung und Lehre mit denken und mit reden.

Prof. G. Wartenberg:

Es sind verschiedene Punkte schon genannt. Die Horrorvision, Herr Förster, die würde ich schon von meinem Grundansatz her nicht teilen wollen. Ich denke auch, daß es sicher nicht dazu kommen wird. Ich würde auch damit rechnen, daß wir mindestens 3 vollausgebaute Universitäten haben, daß auch Chemnitz eine volle Universität wird, mit Geisteswissenschaften und der ausgebauten Lehrerbildung. Ich erwarte eine volle Gleichwertigkeit der Ausbildungsinstitutionen im Freistaat Sachsen und die Überwindung jener Probleme, die wir auf diesem Gebiet jetzt noch haben, denn wir werden ja sicher mit etwa 10 Jahren rechnen, bis unser

Prozeß der Wiederintegration in das europäische Universitätswesen vollzogen ist.

Bei der Frage, ob wir dann ohne pragmatische Zwänge handeln müssen, Frau Gibas, da wäre ich zurückhaltender. Auch dann wird es sicher wiederum Fragen geben, denn die Kosten werden für das Bildungswesen enorm steigen. Was ich mir wünsche, wäre eine Veränderung der inneren Struktur. Wir sind ja jetzt dabei, konservativ zu restaurieren. Ich gehe davon aus, daß wir auch klassische Studiengänge in dem Sinne nicht mehr haben werden, die Anforderungen an Absolventen der Universitäten und Hochschulen werden sich wesentlich verändern. Wir werden neue Studiengänge brauchen, Studiengänge, die sich nicht mehr nach dem klassischen Muster nur auf ein Fach beschränken, sondern fachübergreifend sind, so daß sie sich also sehr stark integrierend gestalten. Wir werden auch neue Ausbildungsformen haben. Wir werden u.U. einen weiteren Abschluß neben dem Magister haben. Ich denke, daß wir so etwas wie einen Baccalaureus, der uns auch international weiterbringen wird, anstreben sollten.

Auch in der Frage der Staatsferne und der Politikferne würde ich nicht so optimistisch sein. Es wird immer, da die Universitäten ihr Geld vom jeweiligen Land bekommen und von der jeweiligen Gesellschaft, ein Ineinander geben.

Insgesamt würde ich eine positive Vision zeichnen wollen, denn wir werden in den nächsten Jahren alle Voraussetzungen dazu schaffen können, daß wir das erreichen.

Prof. Fröhlich:

Eine pragmatische Vision: Vom liberalen Standpunkt heißt es alles zu akzeptieren, sehr zu begrüßen, was bisher gesagt worden ist. Aber ich bin kein Visionär, ich bin Realist. Von dem Standpunkt aus meine ich, daß wir erst einmal über ganz naheliegende Dinge nachdenken sollten. Beispielsweise über unsere Wirtschaftspolitik des Landes Sachsen, über unser Regierungsprogramm des Landes Sachsen. Auf dieser Basis sollten wir bleiben, da haben wir genug zu tun, unser Land erst einmal wieder in Ordnung zu bringen.

Prof. P. Porsch:

Ich habe schon Visionen. Die eine ist genannt worden. Ich habe die Vision einer Staatsferne, die Instrumentalisierungen politischer Natur verhindert. Ich glaube, dabei stört überhaupt nicht, wenn die Universitäten und Hochschulen das Geld vom Staat bekommen. Denn es ist das Geld aller.

„Ich habe die Vision einer Staatsferne, die Instrumentalisierungen politischer Natur verhindert.“
(Prof. Porsch, LL/PDS)

Ich habe die Vision einer Kooperation an der Universität ohne oder zumindest mit sehr viel weniger Hierarchie als bisher. Da entsteht in den Arbeitsprozessen selbst

Demokratie und das ist die stabilste, die entstehen kann, und die brauchen wir auch an den Universitäten.

Ich habe die Vision der Öffentlichkeit, die geistige Freiheit garantiert. Daß die Universitäten und Hochschulen eigentlich selbst diese Stätten der Visionen brauchen, die notwendig sind, um ihnen eine Zukunft zu geben, die leider im Moment ungewisser scheint als gewiß. An den Hochschulen müssen Individuen entstehen, die in sich das Prinzip der universitas realisieren.

Und der letzte Teil meiner Vision: Ich habe den Wunsch, daß es endlich keine Besitzstände mehr gibt, die über politische Kriterien verteilt werden. Ich habe die Vision anderer Mechanismen als die der einfachen Machtwechsel. Vielleicht kann die Kategorie Verantwortung hier neue Aspekte in die Diskussion bringen.

Prof. Kriesel:

Ich möchte versuchen, meine Vision theoretisch abzuleiten. Einfach von der Frage, was ist eigentlich in unserer Zeit, in den Jahren bis zum Jahr 2020, neu im wissenschaftlich-technischen Entwicklungsprozeß. Da stößt man auf die folgende Antwort:

Im vergangenen Jahrhundert waren im wesentlichen Stoff-Energie-Prozesse dominant für alles, was man im Wissenschaftsbereich und auch im technischen Bereich gemacht hat: Otto-Motoren, Diesel-Motoren, Großchemie. In unserer Zeit, etwa ab Mitte des Jahrhunderts, setzt eine

Technologie ein, die gleichermaßen zusätzlich Informationen verarbeiten kann. Die Realwelt besteht ja eigentlich aus Stoff, Energie und Information. Infolgedessen benötigt man zu allen drei Komponenten auch Wissenschaft. Wenn man die Dinge so betrachtet, muß sich also eine adäquate Wissenschaft zum informationellen Bereich entwickeln. Wir hatten hierfür einmal den Namen geprägt: Infologie. Im Grunde genommen ist unser Wissenschaftsmodell, das wir heute haben, nur zwei Drittel der Wahrheit. Es fehlt eigentlich diejenige Komponente der Wissenschaft, die sich explizit um alle informationellen Prozesse kümmert. Das ist nicht die Informatik, um es ganz klar zu sagen, denn informationelle Prozesse spielen sich im belebten wie unbelebten Bereich ab. Die Medizin und die Biologie sind eigentlich die einzigen Bereiche, die alle drei Komponenten berücksichtigen. Was wäre denn der Mensch ohne sein Hirn? Das Hirn ist der informationsverarbeitende Teil. Ich bin gegen eine Trennung der bisherigen Wissenschaften, ich bin für ihre notwendige Ergänzung. Daraus entstehen Synergiepotenzen, die ich versuchen würde auszuschöpfen. Das setzt aber voraus, daß eine gewisse kritische Masse da ist. Ich kann, wenn ich auf die Medizin reflektiere, nicht nur mit Chirurgen auskommen. Da muß schon ein Pool da sein, so etwa wie die Universitätskliniken das heute darstellen. Es ist daher eine historische Chance, technische Wissenschaften an die Universität heranzubringen. Aber bitte nicht die technischen Wissenschaften der Stoff-Energie-Bereiche allein: Man würde ja einen eklatanten Fehler machen, wenn man dies täte. Wir müssen gerade auch die technischen Wissenschaften der

Informationsprozesse mit einbringen: Computer, Kommunikation, Automatisierung, Mikroelektronik, wissenschaftlicher Gerätebau. Was wäre heute die Medizin ohne moderne Elektronik? Also Aufhebung der bisherigen Trennung. Ich war schon immer gegen neun Hochschulen in Leipzig. Man soll vielmehr die Chancen nutzen, die sich aus den aktuellen Prozessen der Zusammenlegung ergeben.

Dies wäre aber in eine Richtung weiterzuentwickeln, daß wir nicht bei den heutigen Naturwissenschaften, bei Physik und Chemie stehenbleiben. Wir brauchen auch dort eigentlich eine dritte Komponente, nämlich eine Grundlagenwissenschaft, die sich mit den Grundlagen aller informationellen Prozesse auseinandersetzt. Das kann nicht allein die Informatik leisten.

Prof. Berg:

Mit den technischen Visionen möchte ich hier nicht mithalten. Ich würde aber vielleicht von den gesellschaftlichen Prozessen, die wir hier zur Zeit erleben, etwas ableiten. Wir setzen ja in Sachsen sehr auf einen Neuanfang. Und wer einen Neuanfang setzt, hat natürlich auch die Chance, etwas anderes zu entwerfen als es bisher üblich war. Je mehr man wieder festen Boden unter den Füßen hat, was in zwei, drei Jahren der Fall sein wird, kann man sich dann natürlich auch stärker Gedanken machen, was denn besser zu machen wäre als anderswo, als bei denjenigen, die sich in den bisherigen Strukturen nur weiterentwickeln können, die die ganze Altlast im historischen Verständnis mitschleppen müssen.

Wir könnten uns vorstellen, daß die Hochschulen weniger staatsnah angelegt werden, mit mehr Finanzierung unmittelbar aus der Wirtschaft. Dieser Neuanfang ist auch inhaltlich kreativer, weil wir nun durch den doch massiv einsetzenden Generationenumschlag eine Menge junger Leute neu in leitende Funktionen bringen können. Und wir werden nur die in diese Positionen bringen können, die mehr neue und unkonventionelle Ideen in Forschung und Lehre einbringen. Insoweit könnte ich mir schon vorstellen, daß sich Sachsen durch diesen Neustart in das Vorderfeld einordnen könnte, wenn man es richtig macht. Wir sprechen ja von Visionen. Aber die Chance ist immerhin vorhanden, und wir sollten bei allem, was wir jetzt strukturell und konzeptionell bedenken, immer sagen, wir könnten es jetzt anders machen als bisher. Spricht nicht auch aus der europäischen Erfahrungslandschaft vieles dafür, daß man einen Neuanfang wagen könnte? Sachsen sollte selbst bestimmen können, was in diesem Bereich passiert.

Eine negative Komponente will ich nicht verschweigen: Es könnte sein, daß der wirtschaftliche Umschwung, den wir z.Z. ja durchmachen und der auch starke soziale Spannungen auslösen wird, die uns z.Z. belasten. Es könnte zu einer Rechtsradikalisierung führen. Ob die sich auch auf die Hochschulen überträgt, wage ich nicht auszuschließen. Hier muß sich das linke Spektrum wieder mehr zu Wort melden. Im

Jahre 2020 ist das vielleicht wieder möglich.

Dr. W. Naumann:

Pragmatik ist ohne Phantasie nicht machbar. Und das ist das, was uns voranbringt. Ich wünsche mir in diesem Zusammenhang, daß Sachsen bei allen finanziellen Zwängen nicht alte Strukturen kopiert. Ich wünsche, daß wir alle den Mut zu selbständigen Konzepten aufbringen bis hin zur Motorwirkung auf die ganze Bundesrepublik. Daß wir durchaus nicht an mangelndem Selbstbewußtsein zugrunde gehen. Und ich wünsche mir, daß wir uns in diesem Zusammenhang selbst in die Pflicht nehmen zur Genese, daß wir das, was wir bereits erarbeitet haben und noch erarbeiten werden, nicht als etwas engültiges ansehen.

In diesem Zusammenhang, denke ich, wäre es notwendig, effektiver und damit u.U. auch bessere finanziell tragbare Hochschulkonzepte zu finden. Ich wünsche mir Freiheit in der Wissenschaft und in der Forschung, nicht nur für Professoren, sondern ich wünsche, daß Wissenschaft als Beruf auch außerhalb eines Professorenamtes betrieben werden kann. In diesem Zusammenhang mehr Professionalität anstelle von professoralem Reglement. Ich denke, daß wir ein Stück dieses Weges in dieser Richtung gegangen sind. Wie es weitergeht, liegt an uns allen. Aber ich habe die Hoffnung, daß es ein guter Weg werden könnte.